



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

---

W I E N

---

2025

**Zweiunddreißigstes  
Treffen des Ministerrats  
4. und 5. Dezember 2025**

**Beschlüsse des Ministerrats**

**Erklärungen der  
Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und  
der Delegationen**

**Berichte an den Ministerrat**

**Wien 2025**

5 December 2025

GERMAN  
Original: ENGLISH

MC32GW39

# INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
I. BESCHLÜSSE DES MINISTERRATS	
Beschluss Nr. 1/25 über die Beendigung des Minsk-Prozesses der OSZE, die Abberufung des Persönlichen Beauftragten der Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, und die Schließung der Hochrangigen Planungsgruppe .....	3
Beschluss Nr. 2/25 über Zeit und Ort des nächsten Treffens des OSZE-Ministerrats .....	6
II. ERKLÄRUNGEN DER AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE UND DER DELEGATIONEN	
Eröffnungserklärung der Amtierenden Vorsitzenden der OSZE .....	9
Erklärung der Delegation Dänemarks (auch im Namen von Belgien, Bulgarien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, den Niederlanden, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, der Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien und Zypern) .....	13
Erklärung der Delegation der Russischen Föderation (auch im Namen von Aserbajdschan, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan) .....	16
Erklärung der Delegation Rumäniens (auch im Namen von Moldau und der Ukraine) .....	18
Erklärung der Delegation Frankreichs (auch im Namen von Albanien, Andorra, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Griechenland, Island, Kanada, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Montenegro, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, San Marino, Schweden, der Schweiz, Slowenien, Tschechien, dem Vereinigten Königreich und Zypern) .....	20
Erklärung der Delegation von Belarus (auch im Namen der Russischen Föderation) .....	23
Erklärung der Delegation Estlands (auch im Namen von Dänemark, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen und Schweden) .....	25
Erklärung der Delegation Serbiens .....	27
Erklärung der Delegation Aserbajdschans .....	29
Erklärung der Delegation Finnlands (auch im Namen von Malta und der Schweiz) .....	30

	Erklärung des designierten Schweizer Vorsitzes auf dem zweiunddreißigsten Treffen des OSZE-Ministerrats ...	32
III.	<b>BERICHTE AN DEN MINISTERRAT</b>	
	Bericht des Generalsekretärs an das zweiunddreißigste Treffen des Ministerrats .....	37
	Schreiben der Vorsitzenden des Forums für Sicherheitskooperation an die Ministerin für auswärtige Angelegenheiten Finnlands und Vorsitzende des zweiunddreißigsten Treffens des OSZE-Ministerrats .....	41
	Bericht über die Beendigung des Minsk-Prozesses der OSZE, die Abberufung des Persönlichen Beauftragten der Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, und die Schließung der Hochrangigen Planungsgruppe .....	44

## **I. BESCHLÜSSE DES MINISTERRATS**



**BESCHLUSS Nr. 1/25**  
**BEENDIGUNG DES MINSK-PROZESSES DER OSZE,**  
**ABBERUFUNG DES PERSÖNLICHEN BEAUFTRAGTEN DER**  
**AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE FÜR DEN KONFLIKT,**  
**MIT DEM SICH DIE MINSK-KONFERENZ DER OSZE BEFASST,**  
**UND SCHLISSUNG DER HOCHRANGIGEN PLANUNGSGRUPPE**  
(MC.DEC/1/25/Corr.1 vom 1. September 2025)

Der Ministerrat –

Kenntnis nehmend von dem in den Dokumenten SEC.DEL/315/25 und SEC.DEL/316/25 enthaltenen gemeinsamen Schreiben der Außenminister der Republik Armenien und der Republik Aserbaidschan,

in Anerkennung der Tatsache, dass der Minsk-Prozess der OSZE, das Amt des Persönlichen Beauftragten der Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, sowie die Hochrangige Planungsgruppe angesichts der grundlegenden Veränderung der Lage, die einst ihre Einrichtung erforderlich gemacht hat, nicht mehr relevant sind –

1. erklärt die Schlussfolgerungen des ersten Zusätzlichen Treffens des KSZE-Rates am 24. März 1992 in Helsinki über die Einrichtung einer Konferenz unter der Schirmherrschaft der KSZE (OSZE), die in Minsk abgehalten werden sollte, und alle Bestimmungen in späteren OSZE-Beschlüssen und -Dokumenten, die sich aus diesem Beschluss ableiten, für ungültig und nicht anwendbar;
2. beschließt, den Minsk-Prozess der OSZE zu beenden, den Persönlichen Beauftragten der Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, abzuberufen und die Hochrangige Planungsgruppe zu schließen;
3. genehmigt die im Dokument CIO.GAL/102/25 zu den finanziellen Auswirkungen der Auflösung besagter Strukturen angeführten Finanzmittel;
4. beauftragt das OSZE-Sekretariat, alle im Dokument CIO.GAL/102/25 angeführten Aktivitäten durchzuführen und dem Ständigen Rat über den Abschluss aller erforderlichen Abläufe Bericht zu erstatten.

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Armeniens:

„Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Beschlusses des Ministerrats über die Beendigung des Minsk-Prozesses der OSZE, die Abberufung des Persönlichen Beauftragten der Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, und die Schließung der Hochrangigen Planungsgruppe möchte die Delegation Armeniens die folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Armenien hat zusammen mit Aserbaidschan die Verabschiedung dieses Beschlusses auf der Grundlage des am 8. August 2025 in Washington, D.C., unterzeichneten gemeinsamen Aufrufs der Außenminister der Republik Armenien und der Republik Aserbaidschan an die Amtierende Vorsitzende der OSZE initiiert.

Am selben Tag paraphierten die Außenminister von Armenien und Aserbaidschan den vereinbarten Text des Abkommens über die Schaffung von Frieden und die Herstellung zwischenstaatlicher Beziehungen zwischen der Republik Armenien und der Republik Aserbaidschan.

Der Ministerpräsident der Republik Armenien, der Präsident der Republik Aserbaidschan und der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, die ebenfalls die Gemeinsame Erklärung unterzeichneten, wohnten der Paraphierung bei.

In der Gemeinsamen Erklärung wurde die ‚Notwendigkeit‘ anerkannt, ‚im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und der Erklärung von Almaty 1991 den Weg für eine glänzende Zukunft, losgelöst vom Konflikt der Vergangenheit, zu ebnet‘. Die Gemeinsame Erklärung bekräftigt, dass die Voraussetzungen geschaffen wurden, ‚um nach dem Konflikt, der unermessliches menschliches Leid verursacht hat, endlich mit dem Aufbau gutnachbarschaftlicher Beziehungen auf der Grundlage der Unverletzlichkeit der internationalen Grenzen und der Unzulässigkeit der Anwendung von Gewalt zum Gebietserwerb zu beginnen‘. Sie besagt weiter, dass diese ‚Tatsache, die nicht revidiert werden kann und niemals revidiert werden darf, den Weg dafür ebnet, das Kapitel der Feindschaft zwischen unseren beiden Nationen zu schließen‘.

Vor diesem Hintergrund riefen die Außenminister Armeniens und Aserbaidschans gemeinsam dazu auf, die Strukturen des Minsk-Prozesses der OSZE zu schließen, da sie ‚angesichts der grundlegenden Veränderung der Lage, die ihre Einrichtung erforderlich gemacht hat, nicht mehr relevant sind‘. Die Minister bekräftigten auch ihr ‚gemeinsames Bekenntnis zur Charta der Vereinten Nationen und zur Schlussakte von Helsinki, um den Normalisierungsprozess auf bilateraler Ebene fortzusetzen‘.

Vor dem Hintergrund dieser geschichtsträchtigen Dynamik sieht die Republik Armenien der baldigen Unterzeichnung und Ratifizierung des Friedensabkommens erwartungsvoll entgegen.

Danke.“

**BESCHLUSS Nr. 2/25**  
**ZEIT UND ORT DES NÄCHSTEN**  
**TREFFENS DES OSZE-MINISTERRATS**  
(MC.DEC/2/25 vom 24. Dezember 2025)

Der Ministerrat

beschließt, das dreiunddreißigste Treffen des OSZE-Ministerrats am 3. und 4. Dezember 2026 in Lugano abzuhalten.

**Anlage zu MC.DEC/2/25**

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG**  
**GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER**  
**GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR**  
**SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Russischen Föderation:

„Die Russische Föderation hat sich dem Konsens über die Verabschiedung des Ministerratsbeschlusses über Zeit und Ort des nächsten Treffens des OSZE-Ministerrats angeschlossen und geht davon aus, dass sich die Schweiz in allen Fragen, die die Tätigkeit der OSZE betreffen, strikt an das Mandat des amtierenden Vorsitzes halten wird, wie es im Beschluss des Ministerrats von Porto 2002 festgelegt wurde, und zwar in erster Linie, indem sie die Meinung aller 57 Teilnehmerstaaten berücksichtigen und nicht nur ihre eigene Perspektive und die Perspektiven der EU in den Vordergrund stellen wird.

Wir stimmen diesem Beschluss unter der Voraussetzung zu, dass das Recht aller Delegationen auf eine uneingeschränkte Teilnahme am Ministerratstreffen in Lugano gewährleistet wird.

Ich ersuche, diese Erklärung dem verabschiedeten Beschluss beizufügen und als Anhang in das Journal der heutigen Sondersitzung des Ständigen Rates aufzunehmen.“

**II. ERKLÄRUNGEN DER  
AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE UND  
DER DELEGATIONEN**



## **ERÖFFNUNGSERKLÄRUNG DER AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE**

(MC.DEL/2/25 vom 4. Dezember 2025)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

als Finnland den OSZE-Vorsitz übernahm, sind wir unmissverständlich drei Verpflichtungen eingegangen:

- die Kernprinzipien der OSZE zu bewahren
- auf die dringenden aktuellen Herausforderungen zu reagieren
- und diese Organisation auf die Zukunft vorzubereiten.

Diese Verpflichtungen haben uns bei allem, was wir in diesem Jahr getan haben, geleitet. Die Achtung der Prinzipien von Helsinki ist unser Fundament. Sie definieren Zweck und Legitimität der OSZE.

In einer Zeit, in der viele infrage stellen, ob die OSZE weiterhin als Forum für Zusammenarbeit fungieren könne, hat Finnland mit Taten geantwortet. Wir sind dabei stets inklusiv, transparent und prinzipientreu vorgegangen und haben uns in unserer Arbeit auf das Völkerrecht und unsere gemeinsamen Verpflichtungen gestützt.

Die Unterstützung der Ukraine und die Sicherstellung der Rechenschaftspflicht für die Verstöße Russlands gegen das Völkerrecht standen im Zentrum unserer Vorsitzführung.

Mein Besuch in der Ukraine, nur wenige Tage nach meinem Amtsantritt, hat dieses Engagement unterstrichen. Ich habe die verheerenden Auswirkungen des Kriegs mit eigenen Augen gesehen, vor allem bei meinem Besuch in einem Kinderkrankenhaus. Ich werde nie die Angst in den Augen der kleinen Maria vergessen, als der Luftalarm ertönte.

Eine besondere Priorität war es für uns, die ukrainischen Kinder nach Hause zurückzubringen. Im Rahmen des Unterstützungsprogramms für die Ukraine hilft die OSZE, vermisste Kinder zu registrieren und ihre Rehabilitation zu unterstützen. Wir begrüßen, dass sich die Parlamentarische Versammlung der OSZE der Internationalen Koalition für die Rückführung ukrainischer Kinder angeschlossen hat.

Der Moskauer Mechanismus war und ist auch im Hinblick auf die Rechenschaftspflicht von entscheidender Bedeutung – im Zusammenhang nicht nur mit Deportationen, sondern auch mit willkürlichen Verhaftungen von Zivilpersonen und der Behandlung von Kriegsgefangenen. Das Sammeln von Beweisen und das Dokumentieren von Verstößen ist ein langwieriger Prozess. Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte leistet diese Arbeit schon seit Jahren, und wir sind dankbar dafür. Diese Arbeit wird fortgesetzt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Aktivitäten haben sich auf alle Regionen des OSZE-Raums erstreckt.

In Moldau haben wir die Eigenverantwortung Moldaus für den Prozess der Beilegung der Transnistrien-Frage sowie unsere Unterstützung für dessen Wiederbelebung durch einen von der OSZE geförderten Dialog zwischen den Seiten hervorgehoben. Wir erinnern Russland an seine auf dem Gipfeltreffen von Istanbul 1999 eingegangene Verpflichtung zum bedingungslosen und unverzüglichen Abzug von Truppen und Ausrüstung.

Die OSZE und ihre Mission sind bereit, das Munitionsdepot Cobasna, das auch ein Umweltrisiko für die örtliche Bevölkerung darstellt, aufzulösen. Wir haben dafür einen Expertenbesuch vor Ort vorgeschlagen.

Im Südkaukasus konnte ich positive Entwicklungen im Friedensprozess zwischen Armenien und Aserbaidschan beobachten. Im August erzielten wir einen Konsens über die Schließung der Minsker Strukturen, die sich mit dem Bergkarabach-Konflikt befassen – ein wichtiger Schritt, der den Friedensprozess unterstützte und ein großes Hindernis für die Annahme des OSZE-Haushalts aus dem Weg räumte.

In Georgien halten wir an unserem Engagement für die Souveränität und territoriale Integrität des Landes fest. Im Rahmen der Genfer Internationalen Gespräche und des Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen haben wir die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft gefördert und uns eingehend mit Wasserdiplomatie befasst. Bei meinem Besuch ging es auch um die Rückschritte im Demokratisierungsprozess und die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft und die Freiheit der Menschen.

In Zentralasien unterstützten wir den Ausbau der regionalen Zusammenarbeit und informierten über nachahmenswerte Verfahren des nordischen Kooperationsmodells. Durch das trilaterale Grenzabkommen zwischen der Kirgisischen Republik, Tadschikistan und Usbekistan entstanden mehr Möglichkeiten für regionale Zusammenarbeit. Ich gratuliere allen Beteiligten zu diesem wichtigen Schritt.

In Südosteuropa waren wir in einer politisch angespannten Zeit aktiv – mit der Unterstützung der Verfassungsordnung in Bosnien und Herzegowina, der Förderung des sozialen Dialogs in Serbien und der Unterstützung der Bemühungen um eine Lösung der politischen und institutionellen Krise im Kosovo.

Im gesamten OSZE-Raum sind die Feldoperationen nach wie vor unerlässlich. Sie sind unsere Ohren und Augen vor Ort, und zwar oft gerade dort, wo andere nicht präsent sind. Von Zentralasien bis zum Westbalkan leisten Feldoperationen konkrete Unterstützung, sei es in den Bereichen Umweltsicherheit, Integration junger Menschen oder Medienfreiheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Finnland hat sich unermüdlich dafür eingesetzt, dass der OSZE-Haushalt für 2025 genehmigt wird. Unser Gesamthaushaltsplan wurde von allen Staaten bis auf einen unterstützt. In dieser Organisation braucht es jedoch nicht 56, sondern alle 57 Teilnehmerstaaten, um Entscheidungen zu treffen. Das gilt auch für die Wahl des Vorsitzes im Jahr 2027.

Aber wir werden nicht aufgeben. Denn ein Haushalt besteht nicht nur aus Zahlen; er steht für Transparenz, Reformen und ist der Lebensnerv dieser Organisation. Wir brauchen eine strategische Vorausschau, die über den Zeitraum von einem Jahr hinausgeht. Ich fordere Sie alle auf, sich konstruktiv in die Entscheidungsfindung für den Vorsitz 2027 einzubringen.

Ein Eckpfeiler unseres Vorsitzes waren die Helsinki+50-Gespräche. Sie dienten der Reflexion über die Zukunft der OSZE und der Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Teilnehmerstaaten. Wir bekamen überwältigend positives Feedback.

Ferner haben wir den Helsinki+50-Fonds eingerichtet, zu dem bereits Zusagen in Höhe von über 17 Millionen Euro von 17 Ländern, darunter die meisten Hauptgeldgeber, gemacht wurden. Dieser Fonds stärkt die operativen Fähigkeiten und die strategischen Schwerpunkte der OSZE. Er bedeutet nicht nur finanzielle Ressourcen, sondern hat Signalwirkung im Sinne eines erneuerten Engagements für die Zukunft der OSZE. Wir laden alle Länder ein, es diesen Geldgebern gleichzutun.

In diesem Jahr haben wir die Bedeutung der Feldoperationen der OSZE, der autonomen Institutionen und der Zivilgesellschaft hervorgehoben. Sie stärken Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – das Fundament einer umfassenden Sicherheit.

Im Mai haben wir den OSZE-weiten Fahrplan für die Umsetzung der Verpflichtungen in Bezug auf Frauen und Frieden und Sicherheit vorgestellt, und heute präsentieren wir den OSZE-weiten Fahrplan für die Stärkung der OSZE-Bemühungen im Bereich Jugend, Frieden und Sicherheit. Ferner haben wir Empfehlungen zur Einbindung der Zivilgesellschaft und zur Verbesserung der Barrierefreiheit für Personen mit Behinderungen herausgegeben.

Ich möchte Sie alle einladen, sich diese Dokumente genauer anzusehen; zu diesem Zweck haben Sie Visitenkarten mit entsprechenden QR-Codes erhalten.

Aktivitäten in allen OSZE-Dimensionen:

- politisch-militärische Dimension: Vertiefung der Arbeit zu hybriden Bedrohungen und Cybersicherheit mit Schwerpunktlegung auf die Unterstützung der Widerstandsfähigkeit der Ukraine; Vorsitzführung im Forum für Sicherheitskooperation in der letzten Sitzungsperiode des Jahres, mit Fokus auf die Themen Rechenschaftspflicht und militärische Führungsfunktionen;
- Wirtschafts- und Umweltdimension: Befassung mit den ökologischen Folgen des Kriegs Russlands und dem Zusammenhang zwischen Klima und Sicherheit;
- menschliche Dimension: Priorisierung von Medienfreiheit, Medienkompetenz und dem Schutz von Personen, die für die Verteidigung der Menschenrechte eintreten; mit Fokus auf die Verstöße Russlands in diesem Bereich.

Wir haben uns auch für eine bessere Vorbereitung der OSZE auf ein Nachkriegs-szenario in der Ukraine eingesetzt. Wir haben eine Notfallplanung für eine Waffenruhe erstellt und mit den autonomen Institutionen Kontakt aufgenommen, um die Unterstützung zu erweitern.

Wir haben keine Mühen gescheut, um die Freilassung der drei noch inhaftierten OSZE-Bediensteten, Vadim Golda, Maksim Petrow und Dmitro Schabanow durchzusetzen. Ihre Familien wandten sich schriftlich mit ihrer Bitte an mich, die mir schwer auf dem Herzen liegt. Ich zitiere: „Wir wachen jeden Morgen mit dem einen Wunsch auf, dass unsere Lieben in unsere Familien zurückkehren – nur um dann einen weiteren Tag voller Ungewissheit, Angst und Stille ertragen zu müssen.“

Gemeinsam mit dem Generalsekretär der OSZE und unseren Partnern nutzen wir alle Kanäle der Diplomatie auf öffentlicher und privater Ebene, um ihre unverzügliche Freilassung zu erwirken. Wir bekräftigen unsere Forderung heute erneut: Sie müssen unverzüglich freigelassen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Rahmen der Helsinki+50-Gespräche haben Sie bekräftigt, dass die Prinzipien von Helsinki und das Konzept der umfassenden Sicherheit weiterhin gültig und unverzichtbar sind.

Aus diesen Diskussionen lassen sich drei Schlussfolgerungen ableiten:

- Die Helsinki-Prinzipien müssen weiterhin als Leitstern für die OSZE und künftige Diskussionen über die Sicherheit in Europa dienen.
- Die OSZE ist ein maßgebliches Forum für inklusiven Dialog. Unsere Prinzipien und Verpflichtungen sollten den Rahmen für den Dialog und die Bemühungen zur Gewährleistung der Rechenschaftspflicht bilden.
- Um wirksam reagieren zu können, muss die OSZE modernisiert werden. Die Helsinki+50-Gespräche haben konkrete Vorschläge hervorgebracht, von denen einige bereits umgesetzt werden.

Aber wir müssen noch weiter gehen. Die OSZE muss sich einer umfassenden Reform unterziehen, um für die nächsten 50 Jahre gerüstet zu sein. Ich freue mich auf unseren Austausch beim heutigen gemeinsamen Mittagessen und schlage vor, 2026 in Lugano unsere Fortschritte erneut zu prüfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich zu meinem Ausgangspunkt zurückkehren: den Prinzipien.

In der Ukraine verstößt Russland gegen jedes einzelne Helsinki-Prinzip. Ich appelliere an uns alle, die Ukraine dabei zu unterstützen, einen gerechten und dauerhaften Frieden, und zwar so schnell wie möglich, zu erreichen. Denn ich bin davon überzeugt, dass der Ausgang dieses Krieges – und seine Legitimierung nach dem Völkerrecht und den OSZE-Prinzipien – den Frieden und die Stabilität in der Zukunft im gesamten OSZE-Raum und darüber hinaus entscheidend prägen wird.

Wir können mehr erreichen. Wir können mutiger sein.

Lassen Sie uns den Geist von Helsinki ehren, indem wir die OSZE für die nächsten Jahrzehnte stärken. Lassen Sie uns die auf Regeln basierende Ordnung verteidigen; nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten. Und lassen Sie uns sicherstellen, dass diese Organisation fähig, glaubwürdig und reaktionsfähig bleibt – heute und in der Zukunft.

Danke.

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DÄNEMARKS  
(AUCH IM NAMEN VON BELGIEN, BULGARIEN, DEUTSCHLAND,  
ESTLAND, FINNLAND, FRANKREICH, GRIECHENLAND, IRLAND,  
ITALIEN, KROATIEN, LETTLAND, LITAUEN, LUXEMBURG,  
MALTA, DEN NIEDERLANDEN, ÖSTERREICH, POLEN, PORTUGAL,  
RUMÄNIEN, SCHWEDEN, DER SLOWAKEI, SLOWENIEN, SPANIEN,  
TSCHECHIEN UND ZYPERN)**

(Anhang 2 zu MC(32)-Journal vom 4. und 5. Dezember 2025)

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich habe die Ehre, mich im Namen der folgenden Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu äußern: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien und Zypern.

Die Europäische Union dankt der Amtierenden Vorsitzenden, Außenministerin Elina Valtonen, für die Führungsstärke, mit der sie unsere Organisation durch diese herausfordernden Zeiten gelenkt hat. Wir zollen auch Botschafter Vesa Häkkinen und seinem gesamten Team in Wien Anerkennung für die unermüdlichen Bemühungen um die Stärkung der Organisation und die Bewahrung ihrer Bedeutung. Wir danken außerdem unserem Gastland Österreich für die herzliche Gastfreundschaft, die wir alle in diesen Tagen genießen durften, sowie für seine umfassende Unterstützung der OSZE ganz allgemein.

Der fünfzigste Jahrestag der Schlussakte von Helsinki, den wir dieses Jahr in Helsinki, Wien und vielen anderen unserer Hauptstädte begangen haben, hat deren anhaltende Relevanz erneut ins Licht gerückt. Die Helsinki-Prinzipien und das Konzept der umfassenden Sicherheit sind nach wie vor gültig und für unsere gemeinsame Sicherheit von wesentlicher Bedeutung. Wir weisen erneut darauf hin, dass die fundamentalen Prinzipien der Souveränität, der territorialen Integrität, der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und des Rechts eines jeden Staates, seine sicherheitspolitischen Dispositionen frei zu treffen, gemeinsame Verpflichtungen darstellen, die weder verhandelbar sind noch neu ausgelegt werden können. Wir begrüßen die überwältigende Unterstützung für die Helsinki-Prinzipien, die im Rahmen dieses Ministerratstreffens zum Ausdruck gebracht wurde.

Unser Treffen hier in Wien findet zu einem für die Sicherheit in Europa und auf der ganzen Welt kritischen Zeitpunkt statt. Der fortgesetzte Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht sowie gegen die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen und verursacht weiterhin unermessliches Leid, Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörung. Die Europäische Union setzt sich weiter unbeirrt für einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine auf der Grundlage der Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts ein. Wir bekräftigen unsere fortgesetzte und unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Wir unterstützen auch nachdrücklich alle Bemühungen, das fortgesetzte Engagement der Organisation in der Ukraine und ihre Unterstützung für die Ukraine aufrechtzuerhalten.

Die Führung, die Durchführungsorgane und die autonomen Institutionen der OSZE müssen dafür sorgen, dass die Organisation der Ukraine weiterhin zur Seite steht. Wir fordern, dass über alle im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine begangenen völkerrechtlichen Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen Rechenschaft abgelegt wird. Die OSZE kann über das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) und die Mechanismen in der menschlichen Dimension weiterhin einen wertvollen Beitrag dazu leisten. Wir sind nach wie vor zutiefst besorgt über das Schicksal der ukrainischen Kinder, die nach Russland verschleppt oder gewaltsam in vorübergehend besetzte ukrainische Gebiete überführt wurden. Wir begrüßen daher die unter Beteiligung der Europäischen Union und all ihrer Mitgliedstaaten ausgerichtete Nebenveranstaltung mit Schwerpunkt auf den Bemühungen um deren sichere Rückkehr in die Ukraine.

Wir sind solidarisch mit Moldau, das als Nachbarland vom Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine schwer in Mitleidenschaft gezogen wird. Die Europäische Union setzt sich weiterhin für Moldau als ein friedliches, prosperierendes und resilientes Land ein und bekräftigt ihre Entschlossenheit, die Republik Moldau bei der Verteidigung ihrer Souveränität und territorialen Integrität im Einklang mit ihrer Verfassung zu unterstützen.

Wie viele Teilnehmerstaaten bekräftigt haben, ist die OSZE nach wie vor unentbehrlich für die Förderung von Frieden und Stabilität in der gesamten Region sowie für die Unterstützung der Teilnehmerstaaten im Umgang mit einem breiten Spektrum von Risiken und Herausforderungen, die über militärische Risiken hinausgehen, wie Cybersicherheit, Manipulation von Informationen und Einflussnahme durch das Ausland, Demokratieabbau, Einschränkungen für die Zivilgesellschaft und unabhängige Medien sowie die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit.

Wir sprechen der *Civic Solidarity Platform* unsere Anerkennung für die Organisation ihrer Parallelkonferenz der Zivilgesellschaft aus und würdigen ihren Beitrag zum Ministerratstreffen in Form der Wiener Erklärung. Wir weisen erneut auf die entscheidende Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern bei der Förderung von Rechenschaftspflicht und der Bewahrung lebendiger Demokratien hin.

Die Herausforderungen im OSZE-Raum gehen über dessen Grenzen hinaus. Es ist daher wichtig, unsere Bande mit unseren Partnern im Mittelmeerraum und in Asien zu stärken. Die Europäische Union schließt sich unseren Partnern in Asien an, wenn diese erneut darauf hinweisen, wie sehr die Sicherheit des euroatlantischen Raums und die des indopazifischen Raums voneinander abhängen.

Die Europäische Union unterstützt die Bemühungen um die Stärkung der Effizienz und Funktionsfähigkeit der OSZE sowie die Bewahrung ihrer Errungenschaften und der gemeinsam vereinbarten Prinzipien und Verpflichtungen, auf denen sie beruht.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit erneut unsere unerschütterliche Unterstützung für die Arbeit und die Mandate der Feldmissionen und der autonomen Institutionen der OSZE – des ODIHR, des Beauftragten für Medienfreiheit und des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten – zum Ausdruck bringen. Wir betonen, dass es in unserer gemeinsamen Verantwortung liegt, ihre starken Mandate zu erhalten und ihr wirksames Funktionieren sowie die Bereitstellung angemessener Haushaltsmittel zu gewährleisten. Wir haben die finnischen Bemühungen um die Verabschiedung eines Gesamthaushaltsplans für 2025 unterstützt und bedauern, dass kein Konsens erzielt werden konnte. Wir fordern alle Teilnehmerstaaten auf, die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten und die OSZE mit adäquaten

Mitteln auszustatten, damit sie in allen drei Dimensionen und in all ihren Strukturen wirksam funktionieren kann.

Wir fordern ferner alle Teilnehmerstaaten auf, sich bewusstzumachen, wie wichtig Kontinuität in der Führung für die OSZE ist. Wir freuen uns auf Fortschritte bei der Festlegung des Vorsitzes für das Jahr 2027 und bringen unsere volle Unterstützung für Zyperns Angebot, die Leitung der Organisation zu übernehmen, zum Ausdruck.

Wir schätzen die Schwerpunktlegung des finnischen Vorsitzes auf Jugend, Frieden und Sicherheit, die in den OSZE-weiten Fahrplan zur Stärkung der Anstrengungen der OSZE im Bereich Jugend, Frieden und Sicherheit mündete, der soeben im Rahmen des Ministerrats-treffens vorgestellt wurde. Die Europäische Union und all ihre Mitgliedstaaten schließen sich anderen Teilnehmerstaaten an, was die Anerkennung der Jugend als wichtigen Partner für Frieden und Sicherheit angeht.

Wir bedanken uns noch einmal bei unseren finnischen Kolleginnen und Kollegen und freuen uns auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Vorsitz für das Jahr 2026, der Schweiz.

Wir ersuchen um Beifügung dieser Erklärung zum Journal der heutigen Sitzung des Ministerrates.

**ERKLÄRUNG**  
**DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**  
**(AUCH IM NAMEN VON ASERBAIDSCHAN, BELARUS,**  
**KASACHSTAN, KIRGISISTAN, SERBIEN, TADSCHIKISTAN,**  
**TURKMENISTAN UND USBEKISTAN)**

(Anhang 3 zu MC(32)-Journal vom 4. und 5. Dezember 2025)

Wir, die Minister für auswärtige Angelegenheiten der Republik Aserbaidschan, der Republik Belarus, der Republik Kasachstan, der Kirgisischen Republik, der Russischen Föderation, der Republik Serbien, der Republik Tadschikistan, der Republik Turkmenistan und der Republik Usbekistan –

unter Betonung der fortwährenden Bedeutung des Sieges über den Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg für die gesamte Menschheit und unter Hinweis darauf, dass 2025 der 80. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg begangen wird,

in Anerkennung der Bedeutung der Auswirkungen des Sieges über den Nationalsozialismus im Jahr 1945 und der Urteile des Nürnberger Gerichtshofs, die darauf abzielten, eine Wiederholung der Fehler der Vergangenheit zu verhindern und die Welt vor der Geißel des Krieges zu bewahren,

mit Besorgnis feststellend, dass sich zurzeit verschiedene extremistische Bewegungen und Ideologien rassistischer und fremdenfeindlicher Prägung ausbreiten, darunter der Neonazismus, der sich nicht nur auf die Verherrlichung einer vergangenen Bewegung beschränkt, sondern ein zeitgenössisches Phänomen darstellt, dessen Anhängerinnen und Anhänger Vorstellungen von der Überlegenheit einer Nation oder Rasse propagieren,

gestützt auf die am 17. Dezember 2024 verabschiedete Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen über die „Bekämpfung der Verherrlichung des Nazismus, des Neonazismus und anderer Praktiken, die zum Schüren zeitgenössischer Formen des Rassismus, rassistischer Diskriminierung, der Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz beitragen“ –,

bekräftigen unser Engagement für alle Bemühungen zur Verhinderung einer Neubewertung oder verzerrten Darstellung des Ausgangs des Zweiten Weltkriegs sowie einer Geringschätzung des Beitrags der Völker der Sowjetunion und der Befreiungsbewegungen der europäischen Länder zum Sieg über den Nationalsozialismus;

bekunden unsere Absicht, entschlossen jegliche Aktivitäten zu unterbinden, die auf eine Verherrlichung der nationalsozialistischen Bewegung, eine Rehabilitierung ehemaliger Mitglieder der Waffen-SS und ihrer Komplizinnen und Komplizen sowie die Leugnung der von ihnen begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit abzielen;

sind überzeugt von der Bedeutung der Arbeit mit jungen Menschen, vor allem im Informationsraum, um die Verbreitung der Ideologie des Neonazismus und des militanten Nationalismus zu verhindern;

halten es für notwendig, das gesamte Instrumentarium der OSZE auszuschöpfen, um gegen die Verbreitung von Vorstellungen von der Überlegenheit einer Rasse und alle

Erscheinungsformen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und damit verbundener Intoleranz anzukämpfen;

fordern den amtierenden OSZE-Vorsitz sowie die Leiterinnen und Leiter der Durchführungsorgane der OSZE auf, alle Erscheinungsformen des Neonazismus sowie die Heroisierung und Rehabilitierung der Nazis und ihrer Mittäter und Mittäterinnen gebührend einzuordnen;

schlagen vor, die internationalen Bemühungen um die Bewahrung der historischen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und um die Bekämpfung jeglicher Erscheinungsformen des Neonazismus zu bündeln.

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION RUMÄNIENS  
(AUCH IM NAMEN VON MOLDAU UND DER UKRAINE)**

(Anhang 4 zu MC(32)-Journal vom 4. und 5. Dezember 2025)

Im Zusammenhang mit den Erörterungen auf dem OSZE-Ministerratstreffen am 4. und 5. Dezember 2025 in Wien bekräftigen der Außenminister Moldaus, die Außenministerin Rumäniens und der Außenminister der Ukraine, dass sie nach wie vor unerschütterlich hinter den Grundsätzen der Schlussakte von Helsinki und den OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen stehen.

Vor dem Hintergrund der russischen Aggression gegen die Ukraine und der unablässigen hybriden Aktionen Moskaus in Moldau und Rumänien und in ganz Europa erneuern wir unser starkes Bekenntnis zur fortgesetzten Umsetzung von Maßnahmen zur Festigung der Sicherheit und Widerstandsfähigkeit in unserer Region und darüber hinaus.

Wir bekräftigen unsere unverbrüchliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen einschließlich ihrer Hoheitsgewässer.

Parallel zu den kombinierten Angriffen Russlands auf die Ukraine beeinträchtigen seine Drohnenangriffe auch zunehmend die Sicherheit anderer Staaten, unter anderem durch wiederholte Verletzungen des moldauischen und des rumänischen Luftraums. In diesem Zusammenhang bleibt eine enge Koordinierung im Rahmen bilateraler und multilateraler Formate, einschließlich des „Odessa-Dreiecks“, ein Eckpfeiler unserer gemeinsamen Bemühungen. Russland hat seine Verletzungen des alliierten Luftraums ausgeweitet; als Reaktion darauf hat die NATO die Operation „Eastern Sentry“ gestartet und verstärkt die Fähigkeiten der Bündnispartner an der Ostflanke.

Unsere drei Länder werden die praktische Zusammenarbeit zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit in der Region und darüber hinaus weiter ausbauen. Wir werden die Koordination bei der Abwehr hybrider Bedrohungen seitens der Russischen Föderation – darunter Desinformation und Manipulation von Informationen im Ausland, Cyberangriffe und Drohungen im Hinblick auf die Energieversorgung sowie die versuchte Destabilisierung unserer Gesellschaften durch politischen oder wirtschaftlichen Druck – weiter verbessern. Angesichts der verstärkten böswilligen Aktivitäten Russlands im digitalen Raum halten wir es für wichtig, unseren Dialog über die Schaffung einer trilateralen Cyberallianz voranzubringen.

Energie bleibt eine zentrale Säule unserer Zusammenarbeit. Wir werden weiterhin gemeinsam daran arbeiten, die Energiesicherheit der Region zu stärken, mögliche Angriffsflächen für Druck von außen zu reduzieren und Russlands fortgesetzter Instrumentalisierung von Energie als Druckmittel entgegenzutreten. Durch optimierte Interkonnektivität, resilientere Energiesysteme, die Diversifizierung der Energiequellen und die Gewährleistung stabiler und zuverlässiger Versorgungswege wollen wir einen sicheren regionalen Energieraum schaffen, der jeglichen Nötigungs- oder Störungsversuchen standhält.

Unsere Länder werden darüber hinaus weiterhin eine enge Zusammenarbeit pflegen, um die Umgehung der gegen Russland verhängten Sanktionen zu verhindern. Für unsere

nationale und europäische Sicherheit ist es von wesentlicher Bedeutung, dass keine verdeckten Kanäle, undurchsichtigen Eigentumsstrukturen oder sonstigen Konstrukte genutzt werden, um das Sanktionsregime zu unterlaufen.

Wir unterstreichen die Bedeutung des Ausbaus der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur als strategischer Priorität für unsere drei Länder. Die Ukraine begrüßt die fortgesetzte Unterstützung Rumäniens und Moldaus für die Initiative „Solidaritätskorridore“. Angesichts der anhaltenden Angriffe Russlands auf die Hafeninfrastruktur der Ukraine ist die weitere Erhöhung der Kapazität der Transportkorridore aus der Ukraine durch Moldau und Rumänien entscheidend dafür, dass der Warenfluss aufrechterhalten, essentielle Exportrouten gesichert, die Sicherheit und Freiheit der Schifffahrt wiederhergestellt und die regionale Zusammenarbeit zwischen gleichgesinnten Staaten weiter verstärkt werden können.

Wir heben die Bedeutung der Wahl unserer drei Länder in den Exekutivrat der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur für die Periode 2025 – 2029 hervor – Ausdruck unseres gemeinsamen Engagements für die Stärkung der Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation.

Wir sind weiterhin fest entschlossen, unsere europäische und euroatlantische Integration voranzutreiben, die Schwarzmeerregion als Raum des Friedens, der Sicherheit und des Wohlstands zu stärken und die Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit der OSZE als wichtiger regionaler Sicherheitsorganisation zu bewahren.

In diesem Geiste rufen wir alle OSZE-Teilnehmerstaaten und -Institutionen auf, den amtierenden Vorsitz und das Gastland Moldau dabei zu unterstützen, das vollständige, ununterbrochene und wirksame Funktionieren der OSZE-Mission in Moldau unter strikter Einhaltung der bestehenden Verfahren und unter voller Achtung der Souveränität und territorialen Integrität Moldaus sicherzustellen. Angesichts der Tatsache, dass die einschlägigen, auf dem OSZE-Gipfeltreffen von Istanbul 1999 eingegangenen Verpflichtungen noch immer nicht erfüllt sind, fordern wir die Russische Föderation nachdrücklich auf, alle ihre auf dem Hoheitsgebiet Moldaus stationierten Streitkräfte samt Ausrüstung vollständig und bedingungslos abzuziehen.

Geeint in Ziel und Handeln, werden Moldau, Rumänien und die Ukraine weiterhin Seite an Seite der russischen Aggression entgegentreten und sich gemeinsam für den Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger engagieren.

Moldau, Rumänien und die Ukraine ersuchen darum, diese Erklärung dem Journal dieses Ministerratstreffens als Anhang beizufügen.

Vielen Dank.

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION FRANKREICHS  
(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, ANDORRA, BELGIEN,  
BOSNIEN UND HERZEGOWINA, BULGARIEN, DÄNEMARK,  
DEUTSCHLAND, ESTLAND, FINNLAND, GRIECHENLAND, ISLAND,  
KANADA, LETTLAND, LIECHTENSTEIN, LITAUEN, LUXEMBURG,  
MALTA, MOLDAU, MONTENEGRO, DEN NIEDERLANDEN,  
NORWEGEN, ÖSTERREICH, POLEN, PORTUGAL, SAN MARINO,  
SCHWEDEN, DER SCHWEIZ, SLOWENIEN, TSCHECHIEN, DEM  
VEREINIGTEN KÖNIGREICH UND ZYPERN)**

(Anhang 5 zu MC(32)-Journal vom 4. und 5. Dezember 2025)

Herr Vorsitzender,  
verehrte Ministerinnen und Minister,  
Botschafterinnen und Botschafter und Delegierte,

ich gebe diese Erklärung im Namen der folgenden Teilnehmerstaaten ab, die dem informellen Freundeskreis für die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten angehören: Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Griechenland, Kanada, Lettland, Litauen, Montenegro, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Vereinigtes Königreich – sowie im Namen meines eigenen Landes, Frankreich.

Die folgenden Staaten haben sich dieser Erklärung angeschlossen: Albanien, Andorra, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Island, Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Moldau, Polen, Portugal, San Marino, Schweiz, Slowenien, Tschechien und Zypern.

Die Medienfreiheit ist wesentlicher Bestandteil des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE. Ein freies, unabhängiges und pluralistisches Medienumfeld stärkt die demokratische Regierungsführung, fördert Transparenz und Rechenschaftspflicht und trägt zur Verhütung von Krieg, zur Resilienz der Gesellschaft und zur Verwirklichung aller Menschenrechte bei. Dass Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffende ihre Tätigkeit ausüben können, ohne ungebührlicher Einflussnahme, Zensur, Einschüchterung oder Gewalt ausgesetzt zu sein, ist von grundlegender Bedeutung dafür, dass das Recht der Allgemeinheit gewahrt bleibt, Informationen zu recherchieren, zu erhalten und zu verbreiten, wie es in den Verpflichtungen der OSZE-Teilnehmerstaaten verankert ist.

Die Teilnehmerstaaten haben diese Verpflichtungen wiederholt in wichtigen OSZE-Dokumenten bekräftigt, die die entscheidende Rolle freier und unabhängiger Medien bei der Förderung offener Gesellschaften und der Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit unterstreichen, insbesondere der Schlussakte von Helsinki, dem Kopenhagener Dokument und dem Ministerratsbeschluss Nr. 3/18 über die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten. Gemäß diesen Verpflichtungen müssen die Staaten rechtliche und praktische Rahmenbedingungen gewährleisten, die das Recht auf freie Meinungsäußerung schützen, den Medienpluralismus fördern, die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten verbessern, der Straflosigkeit für Verbrechen an Journalistinnen und Journalisten ein Ende setzen und verhindern, dass Gesetze oder das Justizsystem dazu missbraucht werden, Andersdenkende zum Schweigen zu bringen oder die unabhängige Berichterstattung einzuschränken.

Mit großem Bedauern beobachten wir bei manchen Teilnehmerstaaten einen starken Widerspruch zwischen ihrer Verpflichtung zur Beendigung der Straflosigkeit für Verbrechen an Journalistinnen und Journalisten und der tatsächlichen Praxis. Anstelle von Ermittlungen gegen diejenigen, die Journalistinnen und Journalisten angreifen, bedrohen oder töten, erleben wir eine steigende Zahl von Fällen in verschiedenen Teilnehmerstaaten, in denen das Justiz- und Strafvollzugssystem gegen die Journalistinnen und Journalisten selbst eingesetzt wird, während die Angriffe auf sie ungestraft bleiben. Journalismus ist zu einem Hochrisikoberuf geworden, und wir dürfen nicht zulassen, dass diese Situation zunehmend als normal hingenommen wird und sich weiter verschlechtert. Selbst bei Vorliegen legitimer nationaler Sicherheitsbesorgnisse sollten Rechtsinstrumente unter keinen Umständen dazu missbraucht werden, unabhängige Medien zu unterdrücken und Journalistinnen und Journalisten oder andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Medien zu verfolgen.

Zu den schwerwiegenden Folgen des unprovokierten und durch nichts zu rechtfertigenden Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine gehört auch die Verschlechterung der Lage der Medien im Zusammenhang mit dem Krieg. Seit Beginn des Krieges wurde eine beträchtliche Anzahl von Journalistinnen und Journalisten getötet oder vom russischen Aggressor willkürlicher Inhaftierung, Folter und Verschwindenlassen ausgesetzt. Glaubwürdige Berichte deuten darauf hin, dass die Infrastruktur und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Medien zu direkten Angriffszielen geworden sind. Sowohl vorsätzliche Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Objekte als auch unterschiedslose Angriffe können grobe Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht oder sogar Kriegsverbrechen darstellen. Nach dem humanitären Völkerrecht müssen Journalistinnen und Journalisten (als Zivilpersonen) geschützt werden. Wir fordern die Russische Föderation auf, alle aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit inhaftierten Medienschaffenden unverzüglich und bedingungslos freizulassen, dies auch in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine.

In Russland selbst sowie in Belarus ist die Lage ebenfalls besorgniserregend. Medienschaffende sind mit einem repressiven Umfeld konfrontiert, in dem es keine Medienfreiheit mehr gibt. Zahlreiche Journalistinnen und Journalisten wurden wegen ihrer beruflichen Tätigkeit auf der Grundlage politisch motivierter Anschuldigungen schikaniert, attackiert und eingesperrt. Die russischen und belarussischen Behörden haben den Geltungsbereich sogenannter Anti-Extremismus- und Anti-Terrorismus-Gesetze ausgedehnt und sie missbraucht, um diejenigen zu bestrafen, die legitimerweise ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit wahrnehmen. Staatlich geförderte Desinformation, Zensur und die Manipulation von Informationen und Einflussnahme im Ausland haben tiefgreifende Auswirkungen auf die Medienfreiheit. Die systematische und anhaltende Unterdrückung unabhängiger Medien in Russland und Belarus hat alle Formen des unabhängigen Journalismus stark eingeschränkt.

Auch in mehreren anderen Ländern, darunter Aserbaidzhan, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Türkei und Usbekistan wurden Journalistinnen und Journalisten verhaftet, strafrechtlich verfolgt und verurteilt. In Turkmenistan ist der Raum für unabhängigen Journalismus sehr begrenzt. In Georgien, einst regionaler Vorreiter in Sachen Medienfreiheit, haben die Behörden begonnen, den unabhängigen Journalismus durch Schikanen, Einschüchterung, entsprechende Gesetze und gerichtliche Maßnahmen sowie die willkürliche Inhaftierung von Medienschaffenden zu untergraben.

Wir sind auch nach wie vor zutiefst besorgt über die Aushöhlung der Medienfreiheit in anderen Teilen des OSZE-Raums. Wir beobachten zunehmende Gewalt und Feindseligkeit gegenüber Medien im öffentlichen Raum, das Fehlen einer angemessenen Reaktion seitens

der Sicherheitskräfte und eine mangelnde Bereitschaft der Polizei, Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffende zu schützen. In einigen Fällen scheinen Medienvertreterinnen und -vertreter von Polizeibeamtinnen und -beamten sogar angegriffen worden zu sein; es gibt Berichte über vorsätzliche körperliche Übergriffe, Schikanen, die Beschlagnahme und Zerstörung von Arbeitsausrüstung und sogar über willkürliche Inhaftierungen.

In diesem Zusammenhang zeigt sich die volle Bedeutung des Mandats des Beauftragten für Medienfreiheit: eine Frühwarnfunktion wahrzunehmen, in Fällen von schwerwiegender Nichteinhaltung der OSZE-Verpflichtungen im Bereich der Medienfreiheit rasch zu reagieren und den Staaten bei der Verbesserung ihrer Gesetze und Praktiken in Bezug auf die Medien zu helfen.

Wir begrüßen die Bemühungen des Beauftragten für Medienfreiheit um die Förderung der Sicherheit von Journalistinnen. Letzte Woche haben wir das zehnjährige Bestehen des Projekts *Safety of Female Journalists Online* (SOFJO) zur Sicherheit von Journalistinnen im Internet begangen. Wir würdigen dieses Projekt als wichtige Aktivität des Büros des Beauftragten für Medienfreiheit. Es setzt sich mit der Bedrohung durch geschlechtsspezifische Online-Gewalt auseinander, der im Medienbereich tätige Frauen ausgesetzt sind, und hat mit dem SOFJO-Ressourcenleitfaden, den Leitlinien für die laufende Beobachtung von Gewalt gegen Frauen im Internet sowie einem eigenen, an die Anforderungen der verschiedenen Stakeholder angepassten Programm zum Aufbau von Kapazitäten einen Beitrag zu einem sichereren und inklusiveren Online-Umfeld für Journalistinnen geleistet.

Geschätzter Vorsitz,  
verehrte Ministerinnen und Minister,  
Botschafterinnen und Botschafter und Delegierte,

die Freiheit der Medien, einschließlich der Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten, ist nicht nur im Sinne der Erfüllung ihrer menschenrechtlichen Verpflichtungen durch die Staaten von wesentlicher Bedeutung, sie ist auch ein Eckpfeiler der nachhaltigen Sicherheit und Stabilität im gesamten OSZE-Raum. Wir fordern die Teilnehmerstaaten nachdrücklich auf, ihre Verpflichtungen vollumfänglich umzusetzen, die institutionellen Garantien für einen unabhängigen Journalismus zu stärken und die diesbezüglichen Anstrengungen des Beauftragten für Medienfreiheit zu unterstützen.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal der Sitzung hinzuzufügen.

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION VON BELARUS (AUCH IM NAMEN DER RUSSISCHEN FÖDERATION)**

(Anhang 6 zu MC(32)-Journal vom 4. und 5. Dezember 2025)

Die Republik Belarus und die Russische Föderation

bekunden ihr Bekenntnis zu den Grundprinzipien des Strukturierten Dialogs über die aktuellen und künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen und Risiken im OSZE-Raum, wie sie im Dokument des OSZE-Ministerrats „Von Lissabon bis Hamburg – Erklärung zum 20. Jahrestag des Rahmens für Rüstungskontrolle der OSZE“ verankert sind;

gehen von der Unantastbarkeit der grundlegenden Elemente dieses Dialogmechanismus aus, darunter die souveräne Gleichheit der Teilnehmerstaaten, das nichtdiskriminierende Arbeitsformat für alle daran beteiligten 57 Teilnehmerstaaten und die Verabschiedung von Beschlüssen nach dem Konsensprinzip im Einklang mit der Geschäftsordnung der OSZE;

bekräftigen ihr Bekenntnis zu den Grundsätzen, die von den Vorsitzenden der informellen Arbeitsgruppe zum Strukturierten Dialog im Zeitraum von 2017 bis 2021 vorgeschlagen wurden und an denen sich die Arbeit der Gruppe orientieren sollte:

- Transparenz
- kollektive Verantwortung und Verpflichtung der Teilnehmerstaaten, den Dialog voranzubringen
- Inklusivität und Einbeziehung aller Teilnehmerstaaten in den Dialog
- Konstruktivität und Achtung vor den unterschiedlichen Ansichten, Prioritäten und Anliegen aller Teilnehmerstaaten.

Diese Grundsätze können nur verwirklicht werden, wenn der Strukturierte Dialog allen 57 Teilnehmerstaaten offensteht.

Im Zusammenhang mit den unter norwegischem Vorsitz im Rahmen der informellen Arbeitsgruppe zum Strukturierten Dialog geführten Konsultationen halten wir es für einen Fehler, die Arbeit des Formats in so genannte Kleingruppen zu verlagern. Nach der Geschäftsordnung der OSZE sind alle informellen Arbeitsgruppen offene Gremien, und alle ihre Aktivitäten müssen ausnahmslos allen Teilnehmerstaaten offenstehen. Wird diese Politik der Aufspaltung des Strukturierten Dialogs fortgesetzt, besteht die Gefahr, dass sich die bereits bestehenden Divergenzen vertiefen und die letzten Reste kollegialer Arbeit in der OSZE zerstört werden.

Wir bestreiten nicht, dass ein informeller Meinungs austausch zu Fragen des Strukturierten Dialogs und die Aufrechterhaltung von Kommunikationskanälen, die zur Risikominderung und zum Aufbau eines gegenseitigen Verständnisses beitragen, überaus wichtig sind. Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass jedwede ernsthafte, ergebnisorientierte Diskussion über politisch-militärische Aspekte der Sicherheit nur in einem Format möglich ist, das alle 57 Teilnehmerstaaten einbezieht und auf den folgenden Grundsätzen beruhen muss:

- Bekenntnis zur Entwicklung von gleichberechtigten und für alle Seiten vorteilhaften zwischenstaatlichen Beziehungen
- Anerkennung des alternativlosen Grundprinzips der gleichen und unteilbaren Sicherheit, wonach kein Staat, keine Gruppe von Staaten und keine Organisation die eigene Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer festigen darf
- Einhaltung des Völkerrechts auf der Grundlage der Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen in ihrer Gesamtheit und unter Berücksichtigung ihrer wechselseitigen Verbindungen
- Unannehmbarkeit von Beschränkungen durch Sanktionen, von Trennlinien und Doppelmoral
- Aufnahme eines entideologisierten, pragmatischen Dialogs zur Erörterung aktueller Herausforderungen und gemeinsame Suche nach ausgewogenen Lösungen
- Beseitigung der tieferen Ursachen der Krise im OSZE-Raum und der grundlegenden sicherheitspolitischen Gegensätze sowie Entwicklung von für alle Seiten annehmbaren Mechanismen zur Aufrechterhaltung der Nachhaltigkeit eines künftigen Modells der friedlichen Koexistenz auf der Grundlage der wechselseitigen Berücksichtigung von Interessen.

Wir fordern den Vorsitz der informellen Arbeitsgruppe für den Strukturierten Dialog auf, diskriminierende, gegen die Geschäftsordnung der OSZE verstoßende Praktiken zu unterlassen und einen professionellen, von gegenseitigem Respekt getragenen und entpolitisierten Dialog auf der Grundlage des Prinzips der Inklusivität in dieser Plattform wiederherzustellen, um die Spaltung innerhalb der OSZE zu überwinden.

Andere OSZE-Teilnehmerstaaten sind eingeladen, sich dieser Erklärung anzuschließen.

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ESTLANDS  
(AUCH IM NAMEN VON DÄNEMARK, FINNLAND, ISLAND,  
LETTLAND, LITAUEN, NORWEGEN UND SCHWEDEN)**

(Anhang 7 zu MC(32)-Journal vom 4. und 5. Dezember 2025)

Herr Vorsitzender,

ich gebe diese Erklärung im Namen folgender Teilnehmerstaaten ab: Dänemark, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden – sowie im Namen meines eigenen Landes, Estland.

Im Laufe des vergangenen Jahres haben die demokratiepolitischen Rückschritte in Georgien massiv an Dynamik gewonnen, und wir beobachten mit großer Sorge, dass die georgischen Behörden weiterhin von ihren internationalen Verpflichtungen abrücken, so auch von denen, die sie im Rahmen der OSZE eingegangen sind.

Beispiele dafür sind die übermäßige Gewaltanwendung gegen Personen, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit wahrnehmen – wobei die georgischen Behörden konsequent davon absehen, Fälle von mutmaßlicher Gewaltanwendung zu untersuchen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen –, die zunehmende Unterdrückung von Bürgerinnen und Bürgern, Aktivistinnen und Aktive der Zivilgesellschaft, unabhängigen Medien und Journalistinnen und Journalisten – einschließlich der Verabschiedung weitreichender Gesetzesinitiativen, mit denen die Dauer der Verwaltungshaft verlängert, Geldstrafen für friedliche Protestaktionen verhängt und neue, vage definierte strafrechtliche Bestimmungen eingeführt wurden, die Handlungen wie die „Beleidigung“ von Amtsträgern unter Strafe stellen – sowie die gezielte Verfolgung der politischen Opposition, unter anderem in Form von Gesetzesinitiativen, die darauf abzielen, politische Parteien zu verbieten und Oppositionsführerinnen und Oppositionsführer zu inhaftieren.

Ferner bedauern wir, dass das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte von den georgischen Behörden erst weniger als einen Monat vor dem Wahltag zur Wahlbeobachtung der jüngsten Kommunalwahl eingeladen wurde, so dass nicht genügend Zeit blieb, um eine glaubwürdige und sinnvolle Beobachtung zu gewährleisten, und somit dem georgischen Volk eine unparteiische, transparente und umfassende Wahlbeurteilung vorenthalten wurde.

Herr Vorsitzender,

als OSZE-Teilnehmerstaaten haben wir uns verpflichtet, die grundlegenden Menschenrechte, die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in unserer Region zu wahren und zu verteidigen. Wie im Moskauer Dokument 1991 vereinbart, stellen die im Bereich der menschlichen Dimension eingegangenen Verpflichtungen ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Teilnehmerstaaten und eine nicht ausschließlich innere Angelegenheit des betroffenen Staates dar.

In diesem Sinne haben wir als Teil einer größeren Gruppe von Staaten versucht, den Dialog mit den georgischen Behörden aufzunehmen und sie zur Rückkehr auf den Weg der Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Normen und Werte im Einklang mit unseren gemeinsamen OSZE-Verpflichtungen zu ermutigen. Mit Bedauern stellen wir fest,

dass diese Bemühungen bisher vergeblich waren. Im Gegenteil haben wir miterlebt, wie die georgischen Behörden gegen die Amtierende OSZE-Vorsitzende vorgegangen sind, weil sie eine friedliche Demonstration beobachtete – während eines Besuchs, der dazu bestimmt war, den Dialog mit allen Akteuren in Georgien zu erleichtern und die Bereitschaft der OSZE-Institutionen zu bekräftigen, Georgien bei der Umsetzung seiner Verpflichtungen in Bezug auf die Grundfreiheiten und die Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen.

Dennoch werden wir uns weiterhin für einen bedeutsamen und inklusiven Dialog in Georgien und für konkrete Schritte zur Einhaltung unserer OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen einsetzen, indem wir unter anderem ein Ende der politisch motivierten Strafverfolgung und die Freilassung von Oppositionsführerinnen und Oppositionsführern und anderen Personen fordern, die aus solchen Gründen inhaftiert sind. Wir werden die georgischen Behörden weiterhin auffordern, jegliche Handlungen zu unterlassen, die den demokratischen Raum weiter einschränken würden, und wir betonen die Notwendigkeit, die Unabhängigkeit der Justiz zu wahren und das Recht auf ein faires Verfahren zu gewährleisten. Und wir werden weiterhin gemeinsam mit gleichgesinnten Teilnehmerstaaten geeignete Möglichkeiten im Rahmen der OSZE ausloten, um sicherzustellen, dass Menschenrechtsverletzungen objektiv dokumentiert und behandelt werden.

Wir rufen die georgischen Behörden auf, in gutem Glauben mit den Durchführungsorganen der OSZE zusammenzuarbeiten und die von ihnen angebotene Unterstützung in vollem Umfang zu nutzen, um die internationalen Verpflichtungen Georgiens – einschließlich der im Rahmen der OSZE eingegangenen – in umfassender und nicht selektiver Weise umzusetzen.

Schließlich bekräftigen wir unsere Solidarität mit dem georgischen Volk und seinem Streben nach einer demokratischen, friedlichen und europäischen Zukunft.

Vielen Dank.

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION SERBIENS**

(Anhang 8 zu MC(32)-Journal vom 4. und 5. Dezember 2025)

Herr Vorsitzender,

die Delegation der Republik Serbien ergreift das Wort, um in Bezug auf die Bemerkungen, die zuvor in der „Gemeinsamen Erklärung zu Menschenrechten und Grundfreiheiten“ über unser Land geäußert wurden, von ihrem Recht auf Erwidern Gebrauch zu machen.

Die Republik Serbien bekräftigt ihr unverbrüchliches Bekenntnis zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten aller Menschen in vollständiger Übereinstimmung mit demokratischen Grundsätzen, Rechtsstaatlichkeit und unseren völkerrechtlichen Verpflichtungen. Unsere Regierung setzt weiterhin auf einen offenen und konstruktiven Dialog mit Journalistinnen und Journalisten, Organisationen der Zivilgesellschaft und wissenschaftlichen Einrichtungen und treibt Maßnahmen voran, die Transparenz, Pluralismus und die Unabhängigkeit der Institutionen stärken.

Alle Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, sich friedlich zu versammeln und ihre Meinung zu äußern – unabhängig davon, ob sie für oder gegen die Regierung sind. Keine demokratische Gesellschaft kann jedoch Gewalttaten, die unter dem Deckmantel des Protests verübt werden, dulden und mutwillige Versuche, die öffentliche Ordnung zu stören oder die institutionelle Stabilität zu untergraben, ignorieren. Das Eingreifen der zuständigen Behörden erfolgte streng im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und ausschließlich zum Schutz der öffentlichen Sicherheit. Obwohl die Polizei zurückhaltend vorging und sich ihre wenigen Maßnahmen nur gegen Personen richteten, die Eigentum beschädigten oder Polizistinnen und Polizisten angriffen, wurden über 170 Polizeibeamtinnen und -beamte verletzt.

Die Delegation Serbiens ermutigt alle OSZE-Teilnehmerstaaten zu einem wechselseitigen Umgang im Geiste der Faktentreue, des konstruktiven Austauschs und des gegenseitigen Respekts. Wir sind nach wie vor zur fortgesetzten Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Partnern bereit – mit dem Ziel einer weiteren Stärkung der demokratischen Institutionen und Förderung der Menschenrechte. Im Einklang mit den Empfehlungen des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte verbessern wir kontinuierlich die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Medien und wählen die Mitglieder der Regulierungsbehörde für elektronische Medien (REM) nach wie vor auf transparente Weise aus.

In diesem Zusammenhang warnen wir vor nicht fundierten Ausführungen oder Darstellungen, die die Bemühungen Serbiens und seine anhaltenden Fortschritte herabsetzen. Die OSZE sollte nicht zu einer Plattform für unsachliche oder politisch motivierte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten werden.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

unser Ziel bleibt klar: Bewahrung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und Rückkehr zu einem friedlichen gesellschaftlichen Miteinander. Aus diesem Grund fordern wir weiterhin zum Dialog mit allen Beteiligten, einschließlich den Vertreterinnen und Vertretern der Demonstrierenden, auf. Serbien möchte ein Land bleiben, in dem politische Differenzen innerhalb der Institutionen und nicht auf der Straße ausgetragen werden, in der Freiheit und

Sicherheit gleichermaßen geschützt werden und in dem die Zukunft aller Bürgerinnen und Bürger auf Stabilität und der Achtung demokratischer Werte aufbaut.

Ich ersuche höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

Danke.

**ERKLÄRUNG**  
**DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**  
(Anhang 9 zu MC(32)-Journal vom 4. und 5. Dezember 2025)

Herr Vorsitzender,

in Anbetracht der Behauptungen Dänemarks und Frankreichs betreffend mein Land in den Erklärungen, die im Namen einer Gruppe von Staaten abgegeben wurden, möchte ich von meinem Recht auf Erwiderung Gebrauch machen.

Zunächst ist die Medienfreiheit in Aserbaidschan im Rahmen der Verfassung und der einschlägigen nationalen Rechtsvorschriften garantiert. Mehr als 5 000 Online- und Printmedien gehen im Land frei ihrer Tätigkeit nach.

In Aserbaidschan werden keine Journalistinnen und Journalisten oder Medienvertreterinnen und Medienvertreter wegen der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeiten inhaftiert. Gerichtsverfahren werden ausschließlich bei Verstößen gegen nationale Rechtsvorschriften ohne Medienbezug und unter voller Einhaltung eines ordnungsgemäßen Verfahrens und der Rechtsstaatlichkeit angestrengt.

Darüber hinaus sind Tausende von Nichtregierungsorganisationen offen und unabhängig tätig und profitieren unter anderem von verschiedenen staatlichen Unterstützungsmechanismen, die ihre Aktivitäten erleichtern.

Wir erinnern an die Herausforderungen und Probleme für die Zivilgesellschaft und die Medien in den Ländern, in deren Namen die Erklärungen abgegeben wurden. Wir möchten hier auf diese Themen nicht im Einzelnen eingehen, da sie wohlbekannt sind. Sie machen jedoch deutlich, dass die Diskussion darüber mit Ausgewogenheit und Selbstreflexion und ohne Doppelmoral geführt werden muss.

Daher legen wir diesen Staaten nahe, den Belangen der Medienfreiheit und der Zivilgesellschaft in ihrem eigenen Hoheitsgebiet mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Wir sind bereit, konstruktive Gespräche über die Umsetzung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension in allen Teilnehmerstaaten zu führen.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION FINNLANDS  
(AUCH IM NAMEN VON MALTA UND DER SCHWEIZ)**

(Anhang 10 zu MC(32)-Journal vom 4. und 5. Dezember 2025)

Danke, Herr Vorsitzender.

Am 3. Dezember haben die Ministerinnen und Minister der OSZE-Troika die folgende Erklärung zu den Helsinki+50-Gesprächen über die Zukunft der OSZE abgegeben.

Während des gesamten Jahres 2025 hat Finnland mit Unterstützung der OSZE-Troika die Helsinki+50-Gespräche über die Zukunft der OSZE organisiert und dabei alle Teilnehmerstaaten sowie Kooperationspartner, OSZE-Durchführungsorgane, die Parlamentarische Versammlung und Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft eingebunden. Diese Gespräche fanden in einem herausfordernden Kontext statt, der nach wie vor von Russlands rechtswidrigem Angriffskrieg gegen die Ukraine geprägt ist, einer groben und beispiellosen Verletzung der OSZE-Prinzipien.

Ziel der Helsinki+50-Gespräche war es, sicherzustellen, dass die OSZE weiterhin erfolgreich ihre Kernaufgaben erfüllt, die sich klar aus den Helsinki-Prinzipien ergeben. Zugleich boten sie eine nützliche Gelegenheit für die Erörterung von Reformen der OSZE.

Die OSZE-Troika schließt sich den wichtigsten Schlussfolgerungen aus den Helsinki+50-Gesprächen an:

- Die Helsinki-Prinzipien und das Konzept der umfassenden Sicherheit sind nach wie vor gültig und für unsere gemeinsame Sicherheit von wesentlicher Bedeutung. Sie müssen auch weiterhin Leitstern der OSZE bleiben und die Grundlage für die künftigen Diskussionen über die Sicherheit in Europa bilden.
- Die OSZE wird nach wie vor als ein Forum für inklusiven Dialog geschätzt. Die Rechenschaftspflicht bei Verstößen gegen Prinzipien und Verpflichtungen bleibt eine Aufgabe von grundlegender Bedeutung. Die Staaten sollten mit der Erkundung neuer Formate für einen respektvollen, substanziellen Dialog fortfahren, aufbauend auf den diesjährigen Erfahrungen des finnischen Vorsitzes.
- Um wirksam und relevant zu bleiben, muss die OSZE modernisiert werden. Die zügige Verabschiedung eines Haushaltsplans ist für den Erfolg jeglicher Modernisierungsbemühungen unerlässlich. Für viele der vorgeschlagenen Verbesserungen der Arbeitsweise ist kein Konsens nötig. Solche Maßnahmen könnten etwa mittelfristige Strategiepläne der Durchführungsorgane sowie die volle Ausschöpfung des Helsinki+50-Fonds zur Unterstützung der strategischen Steuerung außerbudgetärer Mittel umfassen.
- Die Erörterungen über Reformen, für die ein Konsens erforderlich ist, sollten fortgesetzt werden. Die Staaten sollten weiterhin auf ambitioniertere Reformen im Einklang mit den Helsinki+50-Schlussfolgerungen hinarbeiten. Dazu könnten etwa die Entkopplung des Dienstpostenplans vom Haushaltsplan und die Einigung auf zweijährliche Haushaltszuweisungen sowie belastbarere Auffangoptionen bei Fehlen

eines Haushaltsplans gehören. Außerdem könnte ein Rotationssystem für die Vorsitzführung in Betracht gezogen werden.

Herr Vorsitzender,

unter den derzeitigen herausfordernden Umständen wird sich die OSZE-Troika weiterhin auf die Zukunft unserer Organisation nach 2025 konzentrieren, mit dem Ziel, bis zum nächsten Ministerratstreffen im Jahr 2026 konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Bei den Helsinki+50-Gesprächen forderten die Teilnehmerstaaten eine stärkere Prioritätensetzung durch die Durchführungsorgane, wobei der Schwerpunkt auf den Bereichen liegen sollte, in denen die OSZE einen einzigartigen Nutzen bietet. Die OSZE-Troika ist bereit, diese Anstrengungen in enger Absprache mit den Teilnehmerstaaten und den Durchführungsorganen zu unterstützen.

Die in der Schlussakte von Helsinki verankerten Prinzipien – darunter die Achtung der Souveränität der Staaten, territoriale Integrität, Nichtanwendung von Gewalt und die Einhaltung der Menschenrechte – bleiben das Fundament unserer gemeinsamen Sicherheit und bilden die Grundlage für alle unsere Bemühungen.

Gemeinsam sind wir verantwortlich dafür, sicherzustellen, dass die OSZE in jeder Hinsicht für die Herausforderungen und Chancen der nächsten fünfzig Jahre gerüstet ist.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

**ERKLÄRUNG**  
**DES DESIGNIERTEN SCHWEIZER VORSITZES AUF DEM**  
**ZWEIUNDDREISSIGSTEN TREFFEN DES OSZE-MINISTERRATS**  
(MC.DEL/38/25 vom 5. Dezember 2025)

Sehr geehrter Herr Vizeminister,  
Exzellenzen,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Herr Vorsitzender,

lassen Sie mich zunächst Ihnen und dem gesamten Team des finnischen Vorsitzes meinen aufrichtigen Dank für die kompetente Führung der Organisation in diesem Jahr aussprechen. Sie haben die OSZE unbeirrt in einem schwierigen und komplexen Umfeld geleitet und dafür gesorgt, dass dieser Ministerrat in einem konstruktiven und kooperativen Geist stattfinden konnte. Die Schweiz schätzt es überaus, mit welcher Professionalität, Reaktionsfähigkeit und Einsatzbereitschaft Sie diesen Vorsitz geführt haben.

Ich möchte auch unserem Gastgeberland Österreich danken, nicht nur für seine Bemühungen im Vorfeld dieses Ministerratstreffens – einschließlich der Möglichkeit, diesen beeindruckenden Festsaal zu nutzen –, sondern auch für die fortgesetzte und treue Unterstützung unserer Organisation in diesem Jahr und darüber hinaus.

Dieses Ministerratstreffen erinnert uns einmal mehr daran, warum diese Organisation nach wie vor unverzichtbar ist. Selbst in Zeiten, in denen unsere Positionen grundlegend auseinandergehen, setzen wir unsere Treffen fort, sprechen miteinander und hören einander zu. Diese Bereitschaft zum fortgesetzten Austausch ist die Basis für jeglichen Fortschritt, auf den wir hoffen dürfen. Sie sorgt für Sicherheit und schafft Vertrauen zwischen den Teilnehmerstaaten. Die OSZE mit ihrer inklusiven Struktur und ihrem auf Konsens beruhenden Ansatz bleibt eine einzigartige und unersetzliche Plattform für Zusammenarbeit, Koordination und gemeinsames Handeln.

Bei den Vorbereitungen auf die Übernahme des Vorsitzes 2026 geht die Schweiz mit einem ausgeprägten Verantwortungsbewusstsein für diese gemeinsame Plattform vor. Wir lassen uns für diese Aufgabe von unseren seit langem geltenden Prinzipien der Neutralität und der Achtung des Völkerrechts leiten. Vor allem aber bekennen wir uns zu den Werten, die in der Schweiz oberste Priorität genießen: Dialog, Sicherheit und Vertrauen. Diese Prinzipien werden unser Handeln das ganze Jahr hindurch prägen.

Herr Vorsitzender,

gestern hat der designierte Vorsitzende, Außenminister Ignazio Cassis, die fünf Themenschwerpunkte des Schweizer Vorsitzes vorgestellt: Erstens die Achtung der Prinzipien von Helsinki, die auch die Grundlage für dauerhaften Frieden in der Ukraine bildet. Wir haben auf diesem Ministerrat mehrfach die Forderung gehört, unsere Organisation solle bereitstehen, ihre Instrumente gegebenenfalls zur Unterstützung einer Einigung einzusetzen, sofern dies von allen Seiten gewünscht wird.

Zweitens inklusive multilaterale Diplomatie. Wir haben die Absicht, diese Plattform für den Dialog mit allen Teilnehmern zu nutzen.

Drittens Antizipation neuer Technologien für eine sichere und menschliche Zukunft.

Viertens Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

Fünftens die Handlungsfähigkeit der OSZE. Wir haben die Rufe nach Reformen in diesem Raum laut und deutlich vernommen. Als designierter Vorsitz sind wir bereit, diese Aufgabe anzugehen. Aber es müssen sich alle 57 Teilnehmerstaaten daran beteiligen. Reformen sollten auch die Abklärung und genauere Definition von Mandaten, die Vertiefung von Partnerschaften und einen klaren Fokus auf Ergebnisse umfassen.

Um Reformen durchführen zu können, braucht diese Organisation aber zuallererst einen verabschiedeten Haushaltsplan. Ich zähle auf Sie alle, dass Sie sich in den kommenden Wochen konstruktiv und kooperativ an den Erörterungen des Haushaltsplans beteiligen. Es muss uns gelingen.

Ich appelliere auch an die Teilnehmerstaaten, die Frage des Vorsitzes 2027 mit größter Dringlichkeit zu behandeln. Die Zeitspanne für die einvernehmliche Nominierung eines Kandidaten im Sinne des Ministerratsbeschlusses von Porto geht zu Ende.

Herr Vorsitzender,

wir stehen vor riesigen Herausforderungen. In der Ukraine tobt weiterhin ein Krieg, in verschiedenen Teilen des OSZE-Raums bestehen nach wie vor Spannungen. Konflikte, humanitäre Krisen und politische Uneinigkeit erinnern uns daran, dass kein Land allein Sicherheit gewährleisten kann. Die OSZE gibt es gerade deshalb, damit alle Teilnehmerstaaten die Möglichkeit haben, sich mit einander abzustimmen, zu kommunizieren und gemeinsam zu handeln. Lassen Sie uns genau das tun. Die Schweiz wird sich im Rahmen ihres Vorsitzes dafür einsetzen, dass diese gemeinsame Verantwortung weiterhin wahrgenommen, der Dialog aufrechterhalten und der sicherheitspolitische Rahmen eingehalten wird.

Die Schweiz ist entschlossen, eng mit allen Teilnehmerstaaten und Kooperationspartnern sowie mit den Institutionen und Feldoperationen der OSZE zusammenzuarbeiten, deren Expertise und Präsenz für die Menschen in der Region nach wie vor lebenswichtig sind. Wir werden aufmerksam zuhören, helfen, wo wir können, und uns für Lösungen einsetzen, die auf dem Völkerrecht, der Zusammenarbeit und auf gegenseitiger Achtung beruhen. Dabei wollen wir die Instrumente der Organisation stärken, das OSZE-Instrumentarium einsetzen, die Handlungsfähigkeit der OSZE erhalten und sicherstellen, dass sie weiterhin wirksam dem Frieden, der Stabilität und der Sicherheit der Menschen dient.

Herr Vorsitzender,  
werte Kolleginnen und Kollegen,

die Schweiz freut sich auf den Austausch mit allen Delegationen auf der Eröffnungssitzung des Ständigen Rates am 15. Januar 2026, bei der wir unser Programm im Detail vorstellen und einen Ausblick auf das kommende Jahr geben werden. Sie haben bereits Einladungen für die erste Veranstaltung des Vorsitzes zum Thema Bekämpfung des Antisemitismus im OSZE-Raum erhalten, die im Februar nächsten Jahres stattfinden wird. Wir danken Ihnen dafür, dass Sie sich für dieses Anliegen einsetzen.

Exzellenzen,

die Schweiz übernimmt den Vorsitz mit Entschlossenheit und im vollen Bewusstsein der damit verbundenen Verantwortung. Wir verpflichten uns, die Rolle der OSZE zu schützen und ihre Instrumente und Fähigkeiten auszubauen.

Wir werden uns offen mit allen Delegationen austauschen, und wir werden eng mit dem Generalsekretär, mit allen Durchführungsorganen, Feldoperationen, autonomen Institutionen und mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zusammenarbeiten.

Wir sind uns dessen bewusst, dass der Handlungsspielraum eines Vorsitzes begrenzt ist. Ein Vorsitz kann zwar vorbereiten, Vorschläge machen und Unterstützung leisten, aber die Beschlüsse fassen die Teilnehmerstaaten. Daher liegt letztendlich der Erfolg eines jeden Vorsitzes und der Erfolg der OSZE in Ihren Händen, in unser aller Händen.

Sie können auf das vorbehaltlose Bekenntnis der Schweiz zu dieser Organisation zählen, und ich zähle auf das Ihre. Ich freue mich auf unsere Zusammenarbeit zur Stärkung der OSZE und zur Stärkung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Danke.

### **III. BERICHTE AN DEN MINISTERRAT**



**BERICHT  
DES GENERALEKRETÄRS AN DAS  
ZWEIUNDDREISSIGSTE TREFFEN DES MINISTERRATS**

(MC.GAL/19/25 vom 4. Dezember 2025)

Verehrte Ministerinnen und Minister,  
Exzellenzen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

unser Treffen findet zu einem kritischen Zeitpunkt statt. Vor einigen Monaten haben wir den 50. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki begangen. Wir haben ihre transformative Wirkung auf unseren Kontinent gefeiert. Wir haben uns den Dekalog der in ihr verankerten Prinzipien ins Gedächtnis gerufen. Und wir haben uns erneut vor Augen geführt, dass das wichtigste Vermächtnis von Helsinki darin besteht, dass „Dialog immer möglich ist“.

Daran werden wir auch heute in diesem Raum erinnert. Länder, die gerade Krieg gegeneinander führen, sitzen einander gegenüber. Länder, die seit Jahrzehnten Krieg gegeneinander geführt haben und jetzt gemeinsam Frieden schaffen, sitzen Seite an Seite.

Denn trotz der destruktiven Versuche, den Dialog als „unnützlich“ abzutun, trotz der gezielten Bestrebungen, diese Organisation ins Abseits zu drängen und sie in die Vergangenheit zu verbannen, ist und bleibt die OSZE die Plattform, die wir heute brauchen, um die zerrüttete Sicherheitsarchitektur in Europa wieder aufzubauen.

An keinem anderen Verhandlungstisch kommen derart unterschiedliche Akteure zusammen. Kein anderer Verhandlungstisch hat so eine Geschichte. Kein anderer Verhandlungstisch hat dieses Potenzial. Und dieses Potenzial müssen wir nutzen.

Exzellenzen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die europäische Sicherheitsarchitektur, die unsere Vorfahren in jahrzehntelanger harter Arbeit aufgebaut haben, hat sich vor unseren Augen aufgelöst. Sie ist einfach nicht mehr tragfähig.

Und nirgendwo ist dies deutlicher zu sehen als nur wenige hundert Kilometer von hier entfernt – in der Ukraine. Der anhaltende Krieg bleibt eine offene Wunde im Herzen unseres Kontinents. Er hat bereits unermessliches Leid verursacht und muss aufhören. Und ich bin zuversichtlich, dass er – dank der in den letzten Monaten unter der Führung von US-Präsident Trump wiederaufgenommenen diplomatischen Bemühungen – aufhören wird.

Und wenn es so weit ist, werden zwei Dinge offensichtlich werden.

Erstens wird es im Interesse aller sein, dass die Vereinbarung zwischen den Seiten – egal wie diese aussehen wird – so umgesetzt wird, dass sie Bestand hat. Um Bestand zu haben, muss sie gerecht und glaubwürdig sein. Und damit sie glaubwürdig ist, muss sie überwacht werden. Wenn dieser Zeitpunkt gekommen ist und wenn die beiden Seiten unsere Unterstützung brauchen, wird die OSZE bereitstehen.

Zweitens werden wir uns mit den Fakten auseinandersetzen müssen, die dieser Krieg ans Licht gebracht hat. Die Sicherheitsarchitektur in Europa insgesamt ist nicht mehr tragfähig. Es wird im Interesse aller sein, ein langfristig funktionierendes System aufzubauen, das uns vor dem Abgrund eines Rüstungswettlaufs und endlosen Eskalationsmanagements, verbunden mit der Gefahr neuer Konfrontationen, bewahren kann.

Wir werden einen neuen – ehrlichen, inklusiven und zukunftsorientierten – Dialog darüber führen müssen, wie die europäische Sicherheitsarchitektur wieder aufgebaut werden kann.

Um das zu erreichen, müssen wir willens sein, uns den schwierigen Fragen zu stellen. Wenn ein System auf eine Art und Weise zusammenbricht, wie wir es derzeit erleben, sind alle Teilnehmerstaaten zur Selbstreflexion aufgefordert. Eine sinnvolle Sicherheitsdiskussion müsste eine ehrliche Einschätzung darüber einschließen, was falsch gelaufen ist, was wir zu Unrecht geduldet und was wir unterschätzt haben. Wir müssen das gemeinsam tun und einander zuhören – so wie wir es in den frühen 1970er Jahren getan haben.

Für diese Aufgaben ist die OSZE in meinen Augen eines der wichtigsten Foren. Sie verfügt über die erforderliche Inklusivität, Legitimität, Erfahrung und historische Erinnerung, um zu beweisen, dass Dialog, Austausch und Zusammenarbeit – auch und gerade in den dunkelsten Zeiten, auch und gerade mit Gegnern – noch immer möglich sind. Nur so kann umfassende Sicherheit für alle gewährleistet werden.

Die OSZE-Bediensteten im Sekretariat, in den Feldoperationen und in den Institutionen stellen dies jeden Tag mit ihrer Arbeit unter Beweis – sei es durch die Unterstützung des politischen Dialogs, sei es dadurch, dass sie die Regierungsvertreterinnen und -vertreter Ihrer Staaten über die Grenzen hinweg zusammenbringen, damit sie voneinander lernen und gemeinsame Ansätze für gemeinsame Herausforderungen entwickeln. Wir verkörpern weiterhin Tag für Tag den Geist der kooperativen Sicherheit.

Exzellenzen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

diese Organisation ist bereit, erneut ihren historischen Auftrag zu erfüllen. Aber wir befinden uns nicht mehr in den 1970er- oder 1990er-Jahren. Wir müssen unsere Organisation mit den Instrumenten und der Flexibilität ausstatten, die sie braucht, um in der schnelllebigen Welt des einundzwanzigsten Jahrhunderts agil und effizient zu agieren.

Kurz gesagt, wir brauchen Reformen – substanzielle, mutige und wirksame Reformen, um unsere Kosten zu senken und unsere Anstrengungen und Ressourcen auf das zu konzentrieren, was wir am besten können und womit wir einen wesentlichen Beitrag leisten können.

Ich bin bereit, meinen Teil dazu beizutragen und allein für das Sekretariat eine 10-prozentige Senkung der Kosten – für Personal- und andere Ausgaben – vorzuschlagen. Es wird sehr schwierig sein, aber wir werden es schaffen, indem wir die interne Struktur straffen, klare Prioritäten setzen, das zusammenlegen, was zusammengelegt werden kann, und das streichen, was überflüssig ist.

Wir haben die Schließung der Minsk-Strukturen in nur drei Monaten abgewickelt; wir wissen, wie man effizient und effektiv arbeitet. Aber die aktuellen starren Regeln für Haushaltsplanung und Personalverwaltung geben uns einfach nicht die erforderliche Flexibilität, um intern Ressourcen zu verlagern. Daher muss ich Sie um Ihre Unterstützung dabei bitten, den Dienstpostenplan vom Haushalt zu entkoppeln; das wird es uns ermöglichen, Kosten einzusparen.

Sie hätten weiterhin die Entscheidungsgewalt über die Anzahl der Dienstposten und deren Ebenen; wir bräuchten nur die Befugnis, innerhalb des Sekretariats, innerhalb der Institutionen und innerhalb der Feldoperationen zu bestimmen, wo wir unser Personal einsetzen.

Das ist alles, worum ich bitte, und ich bin mit meiner Bitte nicht allein: Alle Leiterinnen und Leiter der Feldoperationen und Institutionen haben genau den gleichen Wunsch geäußert, da sie vor der gleichen Herausforderung stehen. Allein schon diese simple Entscheidung wird in unserer Organisation Reformpotenzial freisetzen. Sie wird zu niedrigeren Kosten und effizienteren Strukturen führen, und zur Flexibilität, Ressourcen dort einzusetzen, wo sie am meisten gebraucht werden und wo der Mehrwert am größten ist. Wir sind bereits eine sehr kosteneffiziente und schlanke Organisation, und die gegenwärtige budgetäre Herausforderung könnte uns – so paradox es auch klingen mag – sogar stärken, sofern uns die nötigen Instrumente zur Verfügung gestellt werden, um diese Chance zu nutzen.

Exzellenzen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

ich behaupte nicht, dass der Weg, der vor uns liegt, einfach sein wird. Ich sage jedoch, dass er sehr wohl gangbar ist. Es ist möglich, den Krieg in der Ukraine zu beenden. Es ist möglich, die Umsetzung der zwischen den Seiten erzielten Vereinbarung zu unterstützen und zu fördern. Und es ist möglich, wieder einen echten Dialog über die künftige europäische Sicherheitsarchitektur aufzunehmen.

Auch Anfang der 1970er Jahre standen wir vor einer weltweiten existenziellen Bedrohung, die jedoch zur Schlussakte von Helsinki und zu dem Rahmen geführt hat, in dem wir noch heute arbeiten. Vielleicht befinden wir uns vor einem ähnlich historischen Moment.

Erinnern wir uns daran, dass diese Organisation zu einer Zeit ins Leben gerufen wurde, als das Gleichgewicht des Schreckens allgegenwärtig war. Seien wir ehrlich: Die diesbezüglichen Fähigkeiten haben seit 1975 weiter zugenommen. In den letzten Jahren haben wir eine unverantwortliche nukleare Rhetorik erlebt. Das ist inakzeptabel. Vergessen wir nicht, dass „ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und nie geführt werden darf“. Spielen wir nicht mit dem Feuer!

Verehrte Ministerinnen und Minister,  
Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

es ist nicht möglich und wird auch nie möglich sein, Sicherheit nur durch militärische Abschreckung zu gewährleisten. Abschreckung ist wichtig, aber allein wird sie zu einem Wettrüsten mit destabilisierenden Auswirkungen für alle führen. Sicherheit und Frieden müssen auch durch Zusammenarbeit gewährleistet werden, und diese erfordert Dialog, um Risiken zu verringern, Krisen zu bewältigen und militärische Transparenz, Verifikationsmechanismen und Rüstungskontrolle sicherzustellen.

Das ist das lebendige Vermächtnis von Helsinki – und unsere historische Verantwortung.

Danke.

**SCHREIBEN DER VORSITZENDEN DES  
FORUMS FÜR SICHERHEITSKOOPERATION AN DIE  
MINISTERIN FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN  
FINNLANDS UND VORSITZENDE DES  
ZWEIUNDREISSIGSTEN TREFFENS DES OSZE-MINISTERRATS**

(MC.GAL/12/25 vom 1. Dezember 2025)

Als Vorsitzender des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) beehre ich mich, Sie über die Arbeit des Forums im Jahr 2025 zu informieren.

Dieses Schreiben entstand in Abstimmung mit den anderen beiden FSK-Vorsitzen des Jahres 2025, Spanien und Estland.

Schon das vierte Jahr in Folge wird die Tätigkeit des FSK von den außergewöhnlichen sicherheitspolitischen Umständen überschattet, die der fortgesetzte, ungerechtfertigte und unprovokierte Angriffskrieg mit sich bringt, den Russland am 24. Februar 2022 gegen die Ukraine begonnen hat. Dieser Krieg untergräbt weiterhin die europäische und globale Sicherheitsarchitektur und bedroht die Grundfesten des kooperativen Sicherheitskonzepts der OSZE. 2025 haben alle drei FSK-Vorsitze an ihrer unerschütterlichen Unterstützung für die Ukraine als Kernelement ihrer jeweiligen Programme festgehalten und betont, dass Russland für seine Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden muss. In enger Abstimmung mit dem Vorsitz des Ständigen Rates und dem OSZE-Sekretariat fungierte das FSK weiterhin gemäß seinem Mandat als Dialogplattform, die sich schwerpunktmäßig mit aktuellen Sicherheitsherausforderungen befasste und zugleich ihre Integrität bewahrte.

In diesem Jahr, da die OSZE das 50-jährige Jubiläum der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki beging, agierten die FSK-Vorsitze in dem Bewusstsein, dass es dringender nötig ist denn je, die OSZE-Prinzipien hochzuhalten und weiterhin eine friedliche Lösung des fortgesetzten Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine zu unterstützen. Auf allen drei Eröffnungssitzungen, an denen der spanische Außenminister, S. E. M. Albares Bueno, der Generalsekretär des estnischen Außenministeriums, S. E. J. Vsevirov, und der Verteidigungsminister Finnlands, S. E. A. Häkkänen, teilnahmen, wurden starke Signale der unerschütterlichen Unterstützung für die Ukraine gesetzt. Außerdem wurde die Wiederaufnahme des Dialogs innerhalb des FSK und ein verantwortungsvolles Verhalten im gesamten OSZE-Raum und darüber hinaus eingefordert.

Die Plenarsitzungen des FSK boten eine Plattform zum Meinungsaustausch über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Insgesamt fanden sieben Sicherheitsdialoge und vier gemeinsame Sitzungen des FSK und des Ständigen Rates statt. Bedauerlicherweise wurde ein geplanter Sicherheitsdialog von Russland blockiert und musste daraufhin als Nebenveranstaltung des Vorsitzes abgehalten werden.

Alle drei FSK-Vorsitze des Jahres 2025 legten den Schwerpunkt auf die Themen Verantwortung und Rechenschaftspflicht im militärischen Bereich. Der spanische FSK-Vorsitz organisierte einen Sicherheitsdialog zum Thema „Verantwortungsvolle militärische Nutzung neuer und neu aufkommender Technologien“, der estnische FSK-Vorsitz einen mit dem Titel „Der OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit: Demokratische Kontrolle der Streit- und Sicherheitskräfte“ und der finnische FSK-Vorsitz einen zur Frage „Widerstandsfähigkeit durch umfassende Sicherheit“.

Eine gemeinsame Sitzung des FSK und des Ständigen Rates unter estnischem Vorsitz war dem Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten gewidmet. Der finnische Vorsitz organisierte zwei gemeinsame Sitzungen des FSK und des Ständigen Rates: eine zur Verletzung des estnischen Luftraums durch die Russische Föderation sowie eine als weiteren Sicherheitsdialog mit dem Thema „50 Jahre Schlussakte von Helsinki“.

Der finnische FSK-Vorsitz organisierte in Helsinki das Seminar zum OSZE-Verhaltenskodex hinsichtlich der Verantwortung und Rechenschaftspflicht militärischer Führungskräfte bei der Durchführung militärischer Operationen. Das Seminar befasste sich mit dem humanitären Völkerrecht und der Befehlsverantwortung im Zusammenhang mit der Ziel- und Wirkungsanalyse (*Joint Targeting*) bei militärischen Operationen.

Alle drei FSK-Vorsitze räumten der Umsetzung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit und der Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrats hohe Priorität ein. Der spanische FSK-Vorsitz organisierte im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung des FSK und des Ständigen Rates einen Sicherheitsdialog mit dem Titel „Für eine gleichberechtigte und volle Teilhabe von Frauen an der Friedens- und Sicherheitsordnung“. Der estnische Vorsitz veranstaltete einen Sicherheitsdialog zum Thema „Die Rolle der Frauen bei der Stärkung der Verteidigung und der Sicherstellung von Resilienz“. Unter dem finnischen Vorsitz wurde als Ersatz für einen Sicherheitsdialog, der blockiert worden war, eine Nebenveranstaltung über sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt als Kriegswaffe organisiert. Ergänzend zu dieser Nebenveranstaltung gab es auch eine Vorführung des vom *Kyiv Independent* produzierten Dokumentarfilms *He Came Back*.

Am Rande der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz organisierte der estnische Vorsitz eine Nebenveranstaltung zur Rolle von Männern bei der Bekämpfung unbewusster Vorurteile. Außerdem richtete der estnische Vorsitz eine Nebenveranstaltung über hybride Kriegsführung im OSZE-Raum aus. Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen lud Finnland zu einer Veranstaltung des FSK-Vorsitzes mit dem Titel „25 Jahre Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen: Perspektiven für die vier Säulen der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit“ ein. Im Zusammenhang mit dieser Veranstaltung rückte die Ausstellung *Arm Women Now* die außerordentliche Widerstandskraft ukrainischer Soldatinnen angesichts des brutalen russischen Angriffskriegs gegen ihr Land ins Rampenlicht.

Alle drei FSK-Vorsitze unterstützten weiterhin die Arbeit der OSZE in der politisch-militärischen Dimension der Sicherheit auf dem Gebiet der praktischen Hilfestellung bei der Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition. Am Rande der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2025 organisierte der estnische FSK-Vorsitz eine Nebenveranstaltung, die einer Bestandsaufnahme der SALW- und SCA-Hilfsprojekte in Südosteuropa gewidmet war. Darüber hinaus veranstaltete der finnische FSK-Vorsitz zwei Veranstaltungen zu den Fortschritten bei der Umsetzung von SALW-/SCA-Hilfsprojekten, um die Teilnehmerstaaten über die diesbezüglichen Erfolge und Lernerfahrungen ins Bild zu setzen, sowie ein Treffen zur Rolle der SALW-Kontrolle im Konfliktzyklus, um mit Fachleuten von anderen internationalen Organisationen den Gedankenaustausch über neue Erkenntnisse und bewährte Verfahren aus Südost- und Osteuropa zu pflegen.

Die OSZE-Hilfsprojekte zu SALW und SCA lieferten auch 2025 konstante Unterstützung; das Portfolio umfasste 19 Hilfsprojekte mit einem Gesamtvolumen von 66,5 Millionen Euro. Ein wichtiger Aspekt der Projekte bestand jeweils in der Unterstützung

von Anstrengungen zur Bekämpfung des unerlaubten Handels mit SALW im gesamten OSZE-Raum. Die Hilfsprojekte in Zentralasien leisteten kontinuierliche Unterstützung bei der Bekämpfung der Bedrohungen und Risiken durch den Handel mit SALW, Munition und Explosivstoffen und bei der Stärkung des Lebenszyklusmanagements von konventioneller Munition. In der Ukraine bot die OSZE gemeinsam mit anderen internationalen Partnern beratende Unterstützung bei der Ausarbeitung der SALW-Kontrollstrategie und beteiligte sich an Aktivitäten zum Aufbau der Kapazitäten von Strafverfolgungsbehörden durch Ausbildung und den Austausch bewährter Praktiken für die Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Waffen, Munition und Explosivstoffen. Im Rahmen eines regionalen Programms in Südosteuropa initiierte die OSZE Aktivitäten zur Deaktivierung von Kleinwaffen und leichten Waffen und veranstaltete regionale, von Frontex zertifizierte Hundeschulungen.

Darüber hinaus unterstützten die FSK-Vorsitze das ganze Jahr hindurch das Ausbildungsprogramm 2025 im Rahmen des OSZE-Stipendiums für Frieden und Sicherheit zu Konfliktverhütung und -lösung durch Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung für Nachwuchskräfte, insbesondere Frauen; das Jahr 2025 schlug dabei alle Rekorde – es gingen mehr Bewerbungen ein als je zuvor.

Der Austausch militärischer Informationen wurde mit hoher Intensität fortgesetzt, wobei sich einige Teilnehmerstaaten angesichts der gegenwärtigen Sicherheitslage erneut dafür entschieden, gar keine Informationen auszutauschen, oder aber die Informationen nicht allen Teilnehmerstaaten übermittelten. Das OSZE-System für Informationsmanagement und Berichterstattung (iMARS) wurde erfolgreich in Betrieb genommen und ermöglichte den Teilnehmerstaaten die Echtzeitanalyse militärischer Daten. Im Jahr 2025 wurden alle monatlichen und vierteljährlichen vom OSZE-Konfliktverhütungszentrum herausgegebenen Berichte über die Umsetzung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen mithilfe von iMARS generiert.

Die FSK-Vorsitze würdigen die Arbeit des Konfliktverhütungszentrums bei der Entwicklung des E-Learning-Programms des FSK, bestehend aus 23 Modulen, die in englischer und russischer Sprache Themen im Zusammenhang mit der Durchführung von FSK-Plenarsitzungen, Rüstungskontrolle, dem Austausch militärischer Informationen und den Resolutionen 1325 und 1540 des VN-Sicherheitsrats behandeln. Bisher haben insgesamt 950 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 51 Teilnehmerstaaten diese E-Learning-Module des FSK genutzt.

Bei den im Rahmen der Sicherheitsdialoge zu den Podiumsdiskussionen eingeladenen Fachleuten betrug der Frauenanteil 2025 57 Prozent, der Männeranteil 43 Prozent. Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der FSK-Plenarsitzungen waren 2025 34 Prozent weiblich und 66 Prozent männlich, was laut den FSK-Vorsitzen einer Erhöhung des Frauenanteils um drei Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr entspricht.

Abschließend sei festgehalten, dass sich das FSK – trotz der Sicherheitsherausforderungen in der Region und der in beispielloser Weise abnehmenden Bereitschaft zu einer konstruktiven Arbeitsweise in diesem Forum – weiterhin zu seiner Funktion als wichtige Plattform für den Dialog und die Beschlussfassung in der ersten Dimension bekennt, in deren Rahmen die Teilnehmerstaaten Gelegenheit haben, politisch-militärische Sicherheitsfragen zu erörtern, Sicherheitsbesorgnisse zur Sprache zu bringen und einander hinsichtlich der Einhaltung der OSZE-Prinzipien und der Umsetzung ihrer Verpflichtungen in die Verantwortung zu nehmen.

# **BERICHT ÜBER DIE BEENDIGUNG DES MINSK-PROZESSES DER OSZE, DIE ABBERUFUNG DES PERSÖNLICHEN BEAUFTRAGTEN DER AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE FÜR DEN KONFLIKT, MIT DEM SICH DIE MINSK-KONFERENZ DER OSZE BEFASST, UND DIE SCHLIESSUNG DER HOCHRANGIGEN PLANUNGSGRUPPE**

(MC.GAL/17/25 vom 2. Dezember 2025)

## **1. Einleitung**

Mit dem Ministerratsbeschluss Nr. 1/25 (MC.DEC/1/25) vom 1. September 2025 wurde das OSZE-Sekretariat beauftragt, bis spätestens 1. Dezember 2025 die Beendigung des Minsk-Prozesses der OSZE, die Abberufung des Persönlichen Beauftragten der Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst (im Folgenden der „Persönliche Beauftragte“), und die Schließung der Hochrangigen Planungsgruppe (im Folgenden die „HLPG“, zusammenfassend die „Minsk-Strukturen“) umzusetzen.

Am 1. September 2025 übermittelte der Generalsekretär dem Persönlichen Beauftragten und der HLPG einen Abwicklungsplan, der deren Abberufung beziehungsweise Schließung in geordneter, verantwortungsvoller, rascher und kostengünstiger Weise lenken und gleichzeitig einen koordinierten und effizienten Ablauf im Einklang mit dem Gemeinsamen Verwaltungsregelwerk (CRMS) gewährleisten sollte. Da der Minsk-Prozess mit keinen vertraglichen Verpflichtungen einherging (also über keine eigenen Räumlichkeiten, Vermögenswerte oder von der OSZE entlohnten Bedienstete verfügte), war seine Beendigung bereits durch den Beschluss MC.DEC/1/25 und den Wegfall der entsprechenden Kosten vollzogen.

Die Abberufung des Persönlichen Beauftragten und die Schließung der HLPG waren am 30. November 2025 abgeschlossen. Dies umfasste: Personal, Vermögenswerte, Räumlichkeiten, Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Haushaltswesen und Finanzdienst (einschließlich Dienstleistungsverträge), Archivverwaltung sowie interne und externe Kommunikation.

Gemäß dem Dokument CIO.GAL/102/25, das vom Beratenden Ausschuss für Verwaltung und Finanzen am 20. August 2025 geprüft wurde und auf das in MC.DEC/1/25 Bezug genommen wird, waren für die Abwicklung der Minsk-Strukturen Haushaltsmittel in Höhe von 609 445 Euro vorgesehen.

## **2. Personal**

Die Abwicklung umfasste das Ausscheiden von 18 Personalangehörigen – 13 davon im Büro des Persönlichen Beauftragten (zwei mit entsandtem Personal besetzte Posten, elf Vertragsstellen im Inneren Dienst) und fünf in der HLPG (vier mit entsandtem Personal besetzte Posten und eine Vertragsstelle im Inneren Dienst) – unter Auszahlung der zustehenden Ansprüche wie Abfindung, Urlaubsabgeltung, Leistungen aus dem Vorsorgefonds usw. Alle Personalangehörigen waren bis zum 30. November 2025 beschäftigt, um sicherzustellen, dass vor Ort ausreichende personelle Ressourcen zur Verfügung standen, um einen geordneten und zeitgerechten Abwicklungsprozess zu unterstützen.

Das Sekretariat organisierte mehrere Mitarbeiterversammlungen für das Personal der betroffenen Organe, in deren Rahmen Informationen bereitgestellt, Fragen beantwortet sowie Sorgen angesprochen und ausgeräumt wurden, soweit dies gemäß dem regulatorischen Rahmen und in Analogie zur entsprechenden Praxis bei früheren Abwicklungen anderer Durchführungsorgane zulässig war.

Während des gesamten Abwicklungsprozesses sorgte das Sekretariat dafür, dass dem Personal kontinuierlich psychosoziale Betreuung zur Verfügung stand; zusätzliche Unterstützung wurde über den Krankenversicherungsanbieter der OSZE angeboten.

Das Sekretariat konzipierte und implementierte für das von der Abwicklung betroffene Personal auch ein maßgeschneidertes Programm mit Schulungsangeboten zur beruflichen Neuorientierung (z. B. Kompetenzen für Bewerbungsgespräche, Projektmanagement). Diese Schulungen wurden vom Sekretariat sowohl als Präsenzmodule (vom 28. bis zum 31. Oktober in Tiflis) als auch online bereitgestellt.

### **3. Vermögenswerte**

Im Zuge der Abwicklung wurden insgesamt 392 Vermögenswerte veräußert beziehungsweise ausgesondert. Dazu gehörten unter anderem Fahrzeuge und Ersatzteile, IKT-Ausrüstung und Einrichtungsgegenstände.

Die interne Übertragung der Vermögenswerte an andere Durchführungsorgane beziehungsweise deren externe Verwertung erfolgte im Einklang mit dem CRMS. 102 Vermögenswerte wurden innerhalb der OSZE übertragen, 62 verkauft, 111 gespendet, und 117 nicht mehr zu gebrauchende Vermögenswerte wurden vernichtet. Der Verkauf von Vermögenswerten brachte rund 100 000 Euro ein.

Das Sekretariat leistete dem Büro des Persönlichen Beauftragten vom 3. bis zum 12. November Unterstützung vor Ort bei der Entsorgung und Verwertung der Vermögenswerte, und es stattete dem Büro der HLPG mehrere Besuche ab. Grenzüberschreitende Überführungen von Vermögenswerten und andere Abwicklungsmaßnahmen wurden von an die jeweiligen Teilnehmerstaaten übermittelten Verbalnoten begleitet.

Einige wenige Restaktivitäten im Zusammenhang mit der internen Übertragung einzelner Vermögenswerte des Büros des Persönlichen Beauftragten an andere Durchführungsorgane und mit dem laufenden Transport der Unterlagen und Vermögenswerte des Persönlichen Beauftragten nach Wien werden gerade vom Sekretariat zu Ende geführt.

### **4. Informations- und Kommunikationstechnologie**

Es wurde eine vollständige Sicherungskopie der lokal gespeicherten digitalen Daten/Systeme erstellt, und die Datenträger mit der Sicherungskopie wurden an das Sekretariat übermittelt. Dieses sorgte für eine stufenweise Beendigung und Abschaltung der Datenzentren, der Dienste und der IKT-Ausrüstung. Der Informationssicherheit der OSZE wurde ebenso gebührend Rechnung getragen – einschließlich der Trennung der betroffenen Durchführungsorgane vom OSZE-Netzwerk und der sicheren Löschung der Daten der IKT-Ausrüstung – wie der Betriebskontinuität, wobei kritische Dienste über das Datenzentrum in Wien bereitgestellt wurden.

## **5. Räumlichkeiten**

Der Persönliche Beauftragte nutzte Räumlichkeiten in Tiflis, Jerewan und Baku, während die HLPG über ein Büro in Wien verfügte. Sämtliche Räumlichkeiten wurden inspiziert, für die Übergabe vorbereitet und im Einklang mit den jeweils geltenden Kündigungsmodalitäten den Eigentümern zurückgegeben.

Vor der Übergabe waren keine Reparaturarbeiten oder andere Dienstleistungen erforderlich.

## **6. Haushalt und Finanzen**

Die wichtigsten Posten bei den Haushaltsmitteln für die Abwicklung, die im Dokument CIO.GAL/102/25 angegeben sind, auf das im Beschluss MC.DEC/1/25 Bezug genommen wird, betreffen Personalkosten und entsprechende Entschädigungen gemäß CRMS sowie Kosten im Zusammenhang mit der Verwaltung von Vermögenswerten, mit der Schließung von Büroräumlichkeiten und mit Archivverwaltungsaktivitäten.

In Ermangelung eines verabschiedeten Gesamthaushaltsplans 2025 erfolgte die Finanzierung der Abwicklung der betroffenen Minsk-Strukturen weiterhin auf der Grundlage vorläufiger Vereinbarungen nach Finanzvorschrift 3.04.

Allen bis zum Ende des Abwicklungszeitraums durch den Persönlichen Beauftragten und die HLPG vorgenommenen bzw. freigegebenen Zahlungen und Forderungen ging eine Überprüfung von Dienstleistungs- und sonstigen Verträgen hinsichtlich Laufzeit und Kündigungsbestimmungen voraus, um etwaige unerfüllte Verpflichtungen oder mögliche Forderungen zu eruieren. Danach beendeten der Persönliche Beauftragte und die HLPG in Abstimmung mit dem Sekretariat diese Dienstleistungs- und sonstigen Verträge.

Die tatsächlichen Abwicklungskosten für die Abberufung des Persönlichen Beauftragten und die Schließung der HLPG überschritten die in CIO.GAL/102/25 veranschlagten Summen nicht.

Das Bankkonto des Persönlichen Beauftragten wurde am 28. November 2025 geschlossen, wobei die verbleibenden Geldmittel an das Sekretariat überwiesen wurden. Die HLPG hingegen verfügte über kein eigenes Bankkonto und nahm stattdessen die entsprechenden Dienste des Sekretariats in Anspruch. Gegebenenfalls erforderliche abschließende Zahlungen im Zusammenhang mit verbleibenden administrativen Maßnahmen werden vom Sekretariat durchgeführt werden.

Nach erfolgter Begleichung sämtlicher Zahlungen und Forderungen wird das Sekretariat etwaige ausstehende Verbindlichkeiten erfüllen und alle nicht ausgegebenen Mittel als Liquiditätsüberschuss im Rahmen des jährlichen Gesamthaushaltsplans an die Teilnehmerstaaten erstatten. Dies wird im Jahresabschluss ausgewiesen.

## **7. Archivverwaltung**

Sowohl der Persönliche Beauftragte als auch die HLPG erstellten in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat ein Verzeichnis der papiergebundenen und digitalen Unterlagen nach Standort und Umfang, um den Bereinigungs-, Aufbereitungs- und Überführungsaufwand zu eruieren. Die Archivverwaltung im Zusammenhang mit dem Minsk-Prozess war wenig aufwändig und wurde direkt vom Sekretariat übernommen.

Grundlage für die Aufbewahrung, Überführung und Sicherung sämtlicher Unterlagen, einschließlich der Identifizierung von Unterlagen von grundlegendem und historischem Wert, bildeten die jeweiligen Mandate der betroffenen Organe zusammen mit deren Ablageplan und deren Aufbewahrungsfristen. Unterlagen, deren Aufbewahrungsfrist noch nicht abgelaufen war oder deren Aufbewahrung im Sekretariat vorgesehen war, wurden im Zwischenarchiv in Wien gelagert, wobei historische Unterlagen zur langfristigen Aufbewahrung über das Sekretariat an das Dokumentationszentrum der OSZE in Prag übermittelt werden sollen.

Die Akten des Persönlichen Beauftragten beliefen sich auf 15,5, die der HLPG auf 10 laufende Meter. Ein weiterer großer Teil der Unterlagen wurde vor Ort in Übereinstimmung mit den OSZE-Aufbewahrungsvorschriften und den etablierten Entsorgungsverfahren vernichtet.

Das Sekretariat leistete dem Persönlichen Beauftragten vom 28. September bis 4. Oktober vor Ort Unterstützung bei der Archivverwaltung, und es stattete dem Büro der HLPG mehrere Besuche ab.

Innerhalb des Sekretariats wurden für alle Akten des Persönlichen Beauftragten, der HLPG und des Minsk-Prozesses entsprechende zuständige Personen benannt.

## **8. Interne und externe Kommunikation**

Die interne Kommunikation wurde vom Sekretariat durch 16 wöchentlich stattfindende Sitzungen einer Planungs- und Koordinierungsgruppe unter Vorsitz des Konfliktverhütungszentrums gewährleistet, an denen einschlägige Abteilungen des Sekretariats sowie Vertreter des Persönlichen Beauftragten und der HLPG teilnahmen. Diese wurden zwischen dem 14. August und dem 27. November 2025 abgehalten.

Zusätzlich wurden während des gesamten Abwicklungsprozesses nach Bedarf Ad-hoc-Besprechungen mit einzelnen Abteilungen des Sekretariats durchgeführt, um die Transparenz und den Informationsaustausch mit betroffenen Personalangehörigen zu fördern und bestimmte Abwicklungsmaßnahmen enger zu koordinieren.

In einer ersten, am 9. August 2025 veröffentlichten Pressemitteilung (SEC.PR/60/25) wurde die Gemeinsame Erklärung vom 8. August begrüßt. Es folgten zwei weitere Pressemitteilungen am 1. September und am 1. Dezember 2025 betreffend den Beginn beziehungsweise den Abschluss der Beendigung des Minsk-Prozesses, der Abberufung des Persönlichen Beauftragten und der Schließung der HLPG (SEC.PR/61/25 und SEC.PR/71/25). Das Sekretariat beantwortete 18 Medienanfragen im Zusammenhang mit dieser Abwicklung.

Am 16. Oktober 2025 unterrichtete das Sekretariat den Ständigen Rat mündlich über den aktuellen Stand der Abwicklung der Minsk-Strukturen.

Das Sekretariat hat die Webseite über den Minsk-Prozess, den Persönlichen Beauftragten und die HLPG auf der OSZE-Website mit Wirkung vom 1. Dezember 2025 aktualisiert, um deren erfolgter Abwicklung Rechnung zu tragen.